

Helmut Kohl: Wir brauchen jede Stimme

Es gibt gute Gründe für unsere Mitbürger, die Union zu wählen

Es sind jetzt noch 48 Tage bis zur Bundestagswahl am 25. Januar. In 48 Tagen werden wir wissen, wie die Wählerinnen und Wähler der Bundesrepublik Deutschland entschieden haben — wem sie ihr Vertrauen schenken, wer den Auftrag bekommt, Politik zu gestalten für die nächsten vier wichtigen Jahre, die ja hinüberführen in die 90er Jahre und in die Nähe des nächsten Jahrhunderts. Das erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Bundesausschuß der Partei in Bonn.

Wir haben Rückenwind — jeder spürt dies, und wir gehen selbstbewußt in die Schlußrunde dieses Wahlkampfes. Wir wollen diesen Wahlkampf auf der Grundlage unserer Überzeugungen führen. Wir wollen Rechenschaft geben, was wir getan haben mit dem Vertrauensvorschuß der Wähler vom 6. März 1983, und wir wollen den Wählern unsere Perspektiven, unsere Visionen, unsere Hoffnungen, unsere Programme und unsere Überzeugungen für die Politik der nächsten vier Jahre vortragen.

Wir sind bereit zu einer sachlichen Auseinandersetzung. Wir begreifen Wahlkampf nicht als eine Olympiade der Schimpfkunst politischer Gegner. Wir denken auch im Wahlkampf daran, daß es im Interesse unserer politischen Kultur ist, wenn die Wahl-

Wahlkampf '87

HEUTE AKTUELL

● Bundesausschuß

Am Montag, dem 8. Dezember 1986, tagte im Bonner Konrad-Adenauer-Haus der Bundesausschuß der CDU. In diesem UiD finden Sie die Redebeiträge von Bundeskanzler Helmut Kohl, Generalsekretär Heiner Geißler, dem Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger und den Bundesministern Gerhard Stoltenberg, Rita Süßmuth, Norbert Blüm, Manfred Wörner, Walter Wallmann, Heinz Riesenhuber.

● Dokumentation

Vorsorge gegen Chemieunfälle. Wortlaut der Regierungserklärung von Walter Wallmann, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, vor dem Deutschen Bundestag. Grüner Teil.

auseinandersetzung nicht in ein schieres Freund-Feind-Verhältnis denaturiert: Unter Demokraten müssen wir auch am Montag nach der Wahl noch vernünftig miteinander reden können.

Wir sind gerne bereit zu einer sachlichen Auseinandersetzung, weil wir wissen, worum es geht. Die Wahl ist noch keineswegs entschieden. Lassen Sie sich das bitte von niemandem einreden. In diesen Wochen vor der Wahl werden fortdauernd neue demoskopische Ergebnisse feilgeboten, Prognosen gegeben, Erwartungen geäußert. Das gehört zum Wesen

Wir begreifen Wahlkampf nicht als eine Olympiade der Schimpfkunst politischer Gegner. Wir denken auch mitten im Wahlkampf daran, daß es im Interesse unserer Republik ist, daß die Wahlauseinandersetzung nicht in ein schieres Freund-Feind-Verhältnis denaturiert, sondern daß man ja auch unter Demokraten am Montag nach der Wahl vernünftig miteinander reden muß. (Helmut Kohl)

freiheitlicher Politik. Aber wir dürfen uns davon nicht beeindrucken oder gar beirren lassen. Wahlkampf, liebe Freunde, heißt um jede Stimme kämpfen. Wir bitten den Wähler um sein Vertrauen, denn der Wähler ist der oberste Souverän unseres Landes.

Wenn wir sagen, wir kämpfen um jede Stimme, dann heißt das, wir haben keine Stimme — aus welchen Gründen auch immer — zu verleihen oder zu verschenken. Wir brauchen für die CDU und CSU jede Stimme, die wir erreichen können. Und die Wahl ist erst entschieden — und bitte nehmen Sie das zur Richtschnur unseres gemeinsamen Handelns — am Wahlabend um 18 Uhr und keine Minute zuvor.

Dann — so hoffe ich — werden wir Grund zum Feiern haben, und wer hart

gearbeitet hat, soll dann auch anständig feiern. Danach wollen wir uns den Sachthemen zuwenden und dann den Personalien. Das ist die richtige Reihenfolge, und so wollen wir es auch halten.

Am 25. Januar geht es um eine Richtungsentscheidung über die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. Die Alternative ist klar: Politik für eine sichere, eine freie, eine menschliche Zukunft — wie wir sie in der Koalition der Mitte unter Führung der CDU gestalten — oder das Risiko rot-grüner Experimente auf Kosten unserer Republik.

Wir legen in diesem Wahlkampf unsere Bilanz vor. Es ist vor allem eine Bilanz der Leistung aller Bürger. Denn, daß vieles — das allermeiste — in diesen vier Jahren gut geraten konnte, das ist nicht zunächst das Verdienst der Regierung oder der Koalitionsmehrheit. Wir konnten gute, vernünftige Rahmenbedingungen schaffen und sichern. Aber daß die riesige Mehrheit unserer Bürger mitgetan hat, daß sie nicht ausgestiegen sind, sondern die Ärmel hochkrepelten zu gemeinsamer Arbeit, das gibt uns Grund, all jenen Dank zu sagen, die mitgemacht haben.

Heute geht es der Bundesrepublik Deutschland im Innern wie nach außen besser als vor vier Jahren. Wir sind stolz darauf, denn das wollten wir erreichen und darauf wollen wir aufbauen, wenn wir die Zukunft unseres Landes gestalten.

Ich habe in meiner Rede auf dem Parteitag vor einigen Wochen in Mainz unseren Zukunftsentwurf vorgestellt. In unserem Wahlprogramm haben wir unsere Vorstellungen für die nächste Legislaturperiode zusammengefaßt. Wir haben ein Zukunftsmanifest verabschiedet, mit dem wir die Diskussion um die politischen Herausforderungen der 90er Jahre eröffnen.

Für uns ist Zukunft nicht irgendein

Schlagwort, sondern wir wollen diesen Begriff mit Inhalt füllen — besonders mit Inhalt, der die Perspektive für den Lebensweg der jungen Generation umfaßt.

Unsere Bürger wissen, woran sie mit uns sind. Sie wissen, was sie von uns erwarten können. Sie wissen, daß wir nie behauptet haben, fehlerfrei zu sein — wir haben auch in diesen vier Jahren Fehler gemacht. Aber sie wissen auch, daß wir unsere Politik ungeachtet des Zeitgeistes an unseren Grundwerten und Grundüberzeugungen ausrichten, daß wir verlässliche Partner für die Menschen im Lande sind und daß wir aus unserer Verantwortung heraus unsere Pflicht tun.

Bilanz und Zukunftsentwurf sind Ecksteine unseres Wahlkampfkonzepts. Darüber sprechen wir in diesen Tagen und Wochen mit den Menschen, und dafür bitten wir um Ihr Vertrauen. Wahlkampf ist für uns immer zuerst Bürgergespräch und nicht so sehr Parteiendisput. Deswegen sage ich auch in die eigene Partei hinein: All das, was jetzt an persönlicher Profilierung geschieht, geht zu Lasten des Ganzen und schadet unserer gemeinsamen Sache.

Liebe Freunde, wir führen auch keinen akademischen Wahlkampf über die Köpfe unserer Mitbürger hinweg, sondern wir gehen auf das ein, was die Menschen bewegt. Wir müssen über die Themen sprechen, über die die Bürger sprechen, und dort aktiv werden, wo sie zu Recht von uns Antworten und politisches Handeln verlangen.

Ich will heute vier Themenbereiche ansprechen, die in diesen Tagen eine besondere Rolle spielen. Diese Themenbereiche sind besonders aktuell, aber es gibt natürlich viele andere Themen, die wir auf dem Parteitag wie in unserem Programm bereits eingehend behandelt haben.

— Viele Menschen bewegt die Frage, wie sich das Ost-West-Verhältnis weiter ent-

wickeln wird, welche Chancen für Fortschritte in den Abrüstungsverhandlungen bestehen und wann es endlich mehr Freiheit für alle Deutschen gibt.

— Wir werden gefragt, wie wir die neuen politischen Spielräume des wirtschaftlichen Aufschwungs nutzen wollen, den sich die Menschen bei uns erarbeitet haben.

— Viele machen sich gerade in diesen Tagen Sorgen um die Umwelt, vor allem wegen der Serie von Chemieunfällen am Rhein, und sie wollen wissen, wie solche Umweltskandale für die Zukunft verhindert werden können.

Die offenbar nicht abreißende Kette terroristischer Gewalttaten beunruhigt viele im Lande und wirft die Frage auf: Ist dieser Rechtsstaat stark genug mit seinen wohlbegründeten liberalen Grundsätzen, sich dagegen zur Wehr zu setzen?

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zu den einzelnen Punkten machen:

In meiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983, zu Beginn der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode, habe ich eine aktive deutsche Friedenspolitik versprochen, weil sie für uns politisch notwendig und sittlich geboten ist.

Uns ging und geht es dabei besonders darum, Frieden in Freiheit durch Abrüstung zu sichern, das heißt, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen. Und wir haben von Anfang an hinzugefügt: Kontrolle und Reduzierung von Rüstung können nur erreicht werden, wenn gleichzeitig ein politischer Prozeß in Gang kommt, der Dialog und Zusammenarbeit auf allen Ebenen ermöglicht und Vertrauen zwischen West und Ost schafft. Deshalb habe ich mich von Anbeginn meiner Amtszeit an für gut vorbereitete Begegnungen zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem sowjetischen Generalsekretär eingesetzt. Es ist in der Zwischenzeit in Genf und Reykjavik zu zwei

solchen Begegnungen gekommen. Was ist erreicht worden?

Beide — Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow — sprachen davon, daß sie ein gutes persönliches Verhältnis zueinander entwickelt haben. Zwischen beiden Großmächten finden auf allen Ebenen vielfältige Gespräche statt — über regionale Krisenherde dieser Erde genauso wie über Fragen der Abrüstung und der Menschenrechte. Beide Seiten haben sich in zentralen Fragen der Abrüstung deutlich aufeinander zubewegt. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Reduzierung nuklearer Waffen.

Sicherlich konnten bisher konkrete Vereinbarungen nicht erreicht werden. Wer die Lage kennt und seriös beurteilt, konnte dies auch jetzt noch nicht erwarten.

Aber die sachlichen Annäherungen von Reykjavik signalisieren mögliche Veränderungen, die in den nächsten Jahren Wirklichkeit werden könnten. Dies gilt insbesondere für die strategische Rolle der Nuklearwaffen.

Wir Deutsche müssen aus existentiellen Sorgen und Bedürfnissen heraus diesen Prozeß des Aufeinanderzubewegens und einer realistischen Entspannung mitgestalten. Dies gilt für den Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle genauso wie für die wichtige politische Aufgabe, Spannungen und Mißtrauen zwischen West und Ost abzubauen und Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Wir haben in diesen letzten Jahren, über die wir jetzt den Bürgern Rechenschaft geben, durch eine Vielzahl eigener Initiativen auf bilateraler und multilateraler Ebene bewiesen, daß wir auf diesen Prozeß aktiv Einfluß nehmen und ihn mitgestalten können. Wir haben in allen multilateralen Rüstungskontrollverhandlungen, an denen wir selbst beteiligt waren, Vorschläge eingebracht und auch durchgesetzt.

So haben wir weiterführende Vorschläge

eingebraucht auf allen KSZE-Konferenzen, zuletzt in Wien, wo wir eine internationale Wirtschaftskonferenz über Kooperationsformen angeregt haben. Die KVAE-Konferenz in Stockholm ist von uns mit durchgesetzt, maßgeblich beeinflusst und mit uns auch erfolgreich zum Abschluß gebracht worden.

Wir haben gemeinsam mit unseren britischen Freunden die westliche Verhandlungsposition bei den Truppenabbauverhandlungen in Wien im Dezember des vergangenen Jahres durch eine gemeinsame Initiative weiterentwickelt. Wir haben eigene Vorschläge auf den Tisch gelegt über Kontrollverfahren für ein weltweites Verbot chemischer Waffen und die Überwachung eines nuklearen Teststopps. Und wir haben im Bündnis und im Gespräch mit unseren amerikanischen Freunden die Genfer Nuklearverhandlungen mit eigenen Vorschlägen intensiv begleitet. Die Tage in Reykjavik haben gezeigt, daß trotz allem, was jetzt an Schlachtenlärm zu hören ist, Ergebnisse in greifbare Nähe gerückt sind.

Alle unsere Partner in der NATO waren sich in der grundsätzlich positiven Einschätzung der Ergebnisse von Reykjavik einig. Dies gilt insbesondere für die Nulllösung bei den Mittelstreckenraketen längerer Reichweite sowie für die 50prozentige Reduzierung der strategischen Offensivwaffen. Jeder weiß, daß bisher entsprechende Vereinbarungen gescheitert sind an der Paketbildung der Sowjetunion: an ihrer Bedingung, alle Einzelabkommen mit dem Komplex der strategischen Verteidigungssysteme zu verknüpfen.

Der wichtigste Prozeß der Abrüstung kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn er sich pragmatisch Schritt für Schritt vollzieht. Jeder Schritt kann Vertrauen schaffen, das wiederum der Lösung anderer Fragen, die schwieriger sind, zugute

kommt. Der Versuch einer Politik des Alles oder Nichts führt nach geschichtlicher Erfahrung nicht näher an das Ziel heran, sondern gefährdet es.

Wir behindern nicht den Abrüstungsdialog, sondern wir wollen ihn fördern, wenn wir keine neuen Instabilitäten und Grauzonen als Resultate von Abrüstungsschritten zulassen wollen. Dies liegt nicht nur in unserem längerfristigen Interesse, sondern auch in dem der Warschauer-Pakt-Staaten. Unsere Politik stabilisiert den Abrüstungsprozeß auf einer langfristigen Basis.

Das Ziel deutscher Politik muß sein, daß Kriege auch in Zukunft in Europa nicht führbar sind und daß die europäische und deutsche Sicherheit nicht von der Sicherheit der Vereinigten Staaten abgekoppelt wird.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang ein Wort zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen: Ich habe in Regierungserklärungen und bei zahlreichen anderen Gelegenheiten immer wieder zu diesem Thema Stellung genommen. Die Beziehung zwischen unseren Ländern waren in diesem Jahrhundert vor allem durch zwei schreckliche Weltkriege geprägt, die auf beiden Seiten Millionen Tote kosteten, Not, Elend und viel Leid über die Menschen brachten.

Wir, die Bürger in Deutschland — ich bin sicher, so denken Deutsche diesseits und jenseits von Mauer und Stacheldraht —, wollen aus der Geschichte lernen. Wir wollen 14 Jahre vor dem Ende dieses schreckensreichen Jahrhunderts dazu beitragen, daß Krieg und Gewalt niemals mehr Mittel der Politik werden. **Wir wollen in Frieden, wenn möglich in guter Nachbarschaft, mit allen unseren Nachbarn leben. So können wir heute das bekräftigen, was Konrad Adenauer schon in seiner ersten Regierungserklärung 1949 gesagt hat.**

Beim Verhältnis zur Sowjetunion muß jedem klar sein, daß eine Auseinandersetzung zweier ideologischer Systeme zugrunde liegt, deren Gegensätze in Deutschland besonders hart aufeinanderstoßen. Mitten durch unser Vaterland läuft die Trennungslinie zwischen West und Ost. Das ist nicht irgendeine Grenze, sondern das ist die Grenze zwischen der Welt der Freiheit, dem System der freien Staaten und den Staaten der kommunistischen Ideologie. Wir werden diesen Sachverhalt weder vergessen noch verbrämen.

Die Sowjetunion ist unser wichtigster Nachbar im Osten. Ich sage es noch einmal: Wir wollen im Rahmen dessen, was möglich ist, normale, wenn möglich gute Beziehungen zu diesem Nachbarn. Aber die Entwicklung konstruktiver und normaler oder gar guter Beziehungen setzt voraus, daß die sowjetische Führung ihrerseits einen fairen Interessenausgleich anstrebt.

(Helmut Kohl)

Und wenn wir von Menschenrechten sprechen, liebe Freunde, meinen wir die Menschenrechte überall in der Welt. Wir treten natürlich ein für die Menschenrechte in Chile oder in irgendeinem anderen faschistisch oder militaristisch regierten Staat in Lateinamerika oder anderswo in der Welt. Aber wir treten auch ein für die Menschenrechte unserer Landsleute in der DDR und überall im kommunistischen Bereich.

Wir haben immer wieder gesagt: Von deutschem Boden dürfen nur noch Initiativen ausgehen, die dem Frieden dienen. Dem Frieden dienen heißt: den Frieden in Freiheit sichern. Dabei wollen wir das unbestreitbar vorhandene Interesse auf beiden Seiten an sachlichen Fortschritten und Verbesserungen anknüpfen.

Wir haben in den vergangenen Jahren trotz der schwierigen Ausgangslage nach der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses einiges auch in den deutsch-sowjetischen Beziehungen auf den Weg gebracht. Ich erinnere an das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und die entsprechenden Unterabkommen. Hier eröffnen sich weite Felder für künftige konkrete Zusammenarbeit zum beiderseitigen Vorteil.

Die Sowjetunion ist unser wichtigster Nachbar im Osten. Ich sage es noch einmal: Wir wollen im Rahmen dessen, was möglich ist, normale, wenn möglich gute Beziehungen zu diesem Nachbarn. Aber die Entwicklung konstruktiver und normaler oder gar guter Beziehungen setzt voraus, daß die sowjetische Führung ihrerseits einen fairen Interessenausgleich anstrebt. Ich bin überzeugt, daß eine solche beiderseits realistische Einschätzung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses auch einen ganz wesentlichen Impuls für die Verbesserung der Gesamtbeziehung zwischen Ost und West geben kann.

Der jeweilige Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen hat immer auch starken Einfluß auf die Ost-West-Beziehungen gehabt. Gleichzeitig waren die Beziehungen zwischen unseren Ländern immer ein Gradmesser für den Stand des Ost-West-Dialogs insgesamt. Es gibt hier viele Chancen, jetzt liegt es auch an der Sowjetunion, diese Möglichkeiten zum beiderseitigen Vorteil und zur Verbesserung der Gesamtlage zu nutzen, wir sind dazu bereit.

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, die Grundsätze unserer Außen- und Sicherheitspolitik sind im Prinzip und im Kern eng verwandt mit den Leitlinien unserer Sozial- und Wirtschaftspolitik. So wie wir durch Klarheit und Berechenbarkeit die Zweifel am außenpolitischen Kurs unseres Landes überwunden

haben und heute unser Wort wieder etwas gilt, so waren Solidarität und Solidität auch das Fundament des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Es geht den Menschen in der Bundesrepublik heute besser als vor vier Jahren. Die Preise sind stabil, die Wirtschaft wächst, die Realeinkommen steigen, und die Beschäftigung nimmt zu. Wir haben in diesen vier Jahren über 600 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Zahl der Kurzarbeiter hat drastisch abgenommen, auch bei der Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit sind wir gut vorangekommen.

Das alles ist nicht einfach ein Erfolg der Regierung. Es ist das Ergebnis der Leistung aller unserer Bürger. Wir sollten es den Sozialdemokraten überlassen, dieses Ergebnis der Arbeit aller Bürger draußemadig zu machen und die Arbeitsleistung der Menschen herabzusetzen. Wenn man den sozialdemokratischen Sprechern im Deutschen Bundestag in den letzten 14 Tagen bei der Etatdebatte zuhörte, mußte man den Eindruck bekommen, für diese Leute sei unsere Republik ein wahres Jammertal.

Nun, meine Damen und Herren, Sie wissen: Man kann keine Wahl gewinnen, wenn man an den Menschen vorbeispricht. Wir haben da in der Vergangenheit auch schon unsere eigenen Erfahrungen gemacht. Und weil dies so ist, sollten wir uns mit dieser Art und Weise politischer Auseinandersetzung der SPD wenig beschäftigen. Wir sollten auf positive Weise den Menschen klarmachen, was sie mit uns gemeinsam geleistet haben und was wir in Zukunft leisten wollen.

Wenn wir mit den Bürgern im Land darüber sprechen, wie wir das Erwirtschaftete einsetzen wollen, müssen wir immer wieder auf eines hinweisen: Wir dürfen die Fehler der 70er Jahre auf keinen Fall wiederholen. Das heißt vor allem: Wir

können grundsätzlich auch in Zukunft nur das ausgeben, was wir vorher gemeinsam erarbeitet haben.

Wir bleiben bei unserem Kurs einer soliden Finanz- und Wirtschaftspolitik. Wir versprechen nicht — nach der Art der Sozialisten — allen alles, sondern wir sagen auch vor dieser Wahl, daß wir in den nächsten vier Jahren an diesem eben genannten Prinzip festhalten.

Auf dieser Grundlage wollen wir das Haus Bundesrepublik Deutschland noch besser ausbauen und gestalten, weiterarbeiten an einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Schon in dieser Legislaturperiode konnten wir anknüpfen an die große Geschichte unserer Sozialgesetzgebung nach 1949.

Ich nenne aus den letzten drei Jahren: Die Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung mit der Gleichstellung von Mann und Frau im Rentenrecht, die Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei der Rente, das heißt endlich die rentenrechtliche Anerkennung der Arbeit unserer Hausfrauen und Mütter, das Erziehungsgeld für junge Familien sowie den Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie.

Die CDU hat sich einmal mehr als Partei der sozialen Reformen erwiesen. Wer von „sozialer Kälte“ spricht, der weiß, daß dies der Wirklichkeit in unserem Land nicht entspricht. Wir bitten unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger um die Unterstützung unserer Politik. Es ist der Kurs solide finanzierter Sozialreformen, der nur mit einer guten Wirtschafts- und Finanzpolitik möglich ist. Dieser Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik muß wieder jedermann geläufig werden.

Aus den Erfahrungen von beinahe 40 Jahre Geschichte der Bundesrepublik dürfen wir ohne jede Überheblichkeit sagen, daß die großen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben der nächsten Jahre

— ich nenne nur die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die große Steuerreform, die notwendigen Maßnahmen, um die Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu stoppen und zurückzuführen, und die Rentenreform —, nur aus dem Geist der Partnerschaft und nicht des Klassenkampfes gelöst werden können. Wir wissen aus dieser Erfahrung, daß die Idee der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie die Christlich Demokratische Union in diesen Jahrzehnten immer wieder belebt und praktiziert hat, die richtigen Lösungsmöglichkeiten in sich birgt.

Die Sozialisten würden an diesen Aufgaben scheitern, weil sie ja bis zur Stunde

Wenn wir sagen, wir kämpfen um jede Stimme, dann heißt das, wir haben keine Stimme — aus welchen Gründen auch immer — taktisch zu verleihen oder zu verschenken. Wir brauchen für die CDU und CSU jede Stimme, die wir erreichen können.
(Helmut Kohl)

nicht einmal eine vernünftige Problemanalyse zustande gebracht haben. Wenn Sie nur einmal an die Politik einer sozialistisch geführten Regierung oder eines Bündnisses zwischen Roten und Grünen im Blick auf Familien mit Kindern denken, dann wissen Sie, was uns da ins Haus stünde. Wir haben ja die Beispiele dafür mitten im Land. Wo die SPD Regierungsverantwortung trägt, wie etwa in Nordrhein-Westfalen, werden die Familien immer mehr belastet: Die Einrichtung einer Landesstiftung Mutter und Kind wird blockiert, die Kindergartenbeiträge wurden erhöht, in der Schulpolitik experimentieren Ideologen mit unseren Kindern — ich könnte die Liste beliebig fortsetzen.

Mit einem Wort: Es ist ein wesentlicher Bestandteil eines sozialistischen Men-

schenbildes und der entsprechenden Politik, daß die Familie immer mehr ins Abseits gedrängt wird. Das ist für uns nicht akzeptabel. Für uns bleibt der Satz richtig, daß die Familie im Mittelpunkt der Politik zu stehen hat und daß die gesunde Familie die Voraussetzung eines gesunden Staates ist.

Ich komme zu einem anderen Thema, das die Menschen in diesen Wochen besonders bewegt: die Umweltkriminalität, die unsere Gesundheit gefährdet, und die Schlampigkeit im Umgang mit gefährlichen Stoffen, die wir nicht akzeptieren können. Solche Umweltkriminalität verdient harte Strafen. Umweltsünder müssen für den Schaden aufkommen, den sie verursacht haben. Es muß selbstverständlich werden, daß Umweltverschmutzung kein Kavaliersdelikt ist.

Jeder von uns weiß, daß wir eine moderne Industrienation sind, daß in der Bundesrepublik Deutschland viele Menschen auf engem Raum zusammenleben, daß wir als Exportnation — in diesem Jahr werden 35 Prozent unserer Güterproduktion und Leistungen in den Export gehen — die moderne Industrie brauchen. Aber gerade weil wir das wissen und weil wir dies bejahen, weil wir auch sagen, daß wir die chemische Industrie und ihre Erzeugnisse brauchen, müssen wir erwarten, daß bei der Herstellung und Produktion ein Maximum an Vorsicht waltet und daß für die denkbaren Unfälle Vorsorge getroffen wird.

Wenn sich jemand nicht daran hält, im Unglücksfall durch Nachlässigkeit den Schaden noch vergrößert oder ihn sogar zu vertuschen versucht, dann ist das völlig unerträglich und muß Konsequenzen haben.

Neben den Erfahrungen der letzten Wochen gab es ja in diesem Jahr mit dem Reaktorunfall in der Sowjetunion ein anderes besonderes Ereignis, das uns drastisch

vor Augen führte, worauf es in der Umweltpolitik entscheidend ankommt: Die Gesundheit des Bürgers muß absoluten Vorrang vor allen anderen — auch wirtschaftlichen — Interessen haben. Auf Vorsicht und Vorsorge kommt es an. Die Verhinderung eines Schadens ist allemal besser als seine Begrenzung und Wiedergutmachung — dies ist und bleibt Leitlinie unserer Politik.

Manche Umweltbelastung — lassen Sie mich das auch in die aufgeregte Diskussion dieser Tage sagen — wäre heute geringer, wenn nach dieser Einsicht bereits in den 70er Jahren gehandelt worden wäre. Wäre zum Beispiel das umweltfreundliche Auto wie in Japan und den USA bereits Mitte der 70er Jahre auch in der Bundesrepublik auf den Weg gebracht worden, so ginge es unseren Wäldern heute erheblich besser. Wären die strengen Bestimmungen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung der TA-Luft bereits vor 10 Jahren in Kraft gesetzt worden, unsere Luft wäre erheblich sauberer. Wer also Kritik daran übt, daß wir das alles erst jetzt durchgesetzt haben, muß sich die Frage gefallen lassen — vor allem

Solche Umweltkriminalität verdient harte Strafen. Die Umweltsünder müssen für den Schaden aufkommen, den sie verursacht haben. Es muß selbstverständlich werden, daß Umweltverschmutzung kein Kavaliersdelikt ist. (Helmut Kohl)

denke ich an die lautesten Kritiker innerhalb der SPD —: Warum habt Ihr das alles nicht seinerzeit nach 1969 getan, als sehr viel mehr Geld in der Kasse war, sehr viel mehr Möglichkeiten bestanden und ihr alle Zukunftsentwicklungen verschlafen habt?

Die von uns zügig gefaßten Beschlüsse zum Schutz unserer natürlichen Lebens-

grundlagen zeigen deutlich Wirkung: Der Schwefelausstoß aus Kraftwerken wird bis zum Jahre 1993 halbiert sein, die Schadstoffabgabe aus Industrieanlagen nimmt von Jahr zu Jahr drastisch ab, der Anteil schadstoffarmer Autos an der Neuzulassung beträgt inzwischen bereits über 60 Prozent, und Überall in der Bundesrepublik kann heute bleifrei getankt werden.

Ich kann hier auch berichten, daß wir endlich auch in der EG — wie ich jetzt am Freitag und Samstag in London auf dem EG-Gipfel feststellen konnte — für die Fragen der Umwelt große Sensibilität schaffen konnten, langsam zwar, aber immerhin, deutlich spürbar. **Da wir ja wissen, daß Umweltschutz nur grenzüberschreitend wirksam ist und deshalb — das ist vielen spätestens nach den Unfällen am Rhein und nach Tschernobyl bewußt geworden — alle Länder — auch systemüberschreitend in Ost und West — zusammenwirken müssen, werden wir auch in Zukunft an der Spitze der Bewegung bleiben.**

Die von mir angeregte Sonderkonferenz zur Reaktorsicherheit der internationalen Atomenergieorganisation Ende September in Wien hat gezeigt, daß es möglich ist, auch jenseits ideologischer Gegensätze Fortschritte zugunsten einer gesünderen Umwelt zu erzielen. Wir werden in allen internationalen Gremien daran weiter mitwirken.

Daß sich kürzlich die UN-Generalversammlung einstimmig — ich betone das: einstimmig — für die weitere Nutzung der Kernenergie ausgesprochen hat, zeigt die Realitätsferne all derer, die jetzt und im Alleingang in der Bundesrepublik zum sofortigen Ausstieg aufbrechen wollen.

Daß die UN-Generalversammlung gleichzeitig einstimmig eine Verbesserung der Sicherheitsbedingungen fordert, ist auch ein Erfolg unserer Politik. Ich wiederhole das, was ich im Bundestag nach

Tschernobyl gesagt habe: „Es geht jetzt nicht um den deutschen Ausstieg aus der Kernenergie, sondern um den Einstieg in eine internationale Anstrengung für mehr Sicherheit.“

Wir haben in diesen vier Jahren zum Schutze der Umwelt vieles tun können, und wir können mit Recht darauf hinweisen, daß wir es getan haben im Rahmen der Prinzipien und der Möglichkeiten der Sozialen Marktwirtschaft. Die Erfahrungen der letzten Monate mit der rot-grünen Koalition in Hessen zeigen uns, wie gesunde Umwelt und eine vernünftige, gute Zukunft für die Bundesrepublik Deutschland sicherlich nicht in Einklang gebracht werden können.

Wer jetzt, in dieser Situation unsere moderne Industriegesellschaft in allen existenziellen Bereichen zum Ausstieg veranlassen will, sollte dies den Bürgern klar sagen — mit allen Konsequenzen für die soziale Sicherheit der Bürger, für die Arbeitsplätze, für die Möglichkeiten der nächsten Generation, für unsere Verantwortung, der jungen Generation eine Gesellschaft und eine Umwelt zu hinterlassen, in der sie ihre Zukunft gestalten kann.

Lassen Sie mich schließlich noch auf eine andere Frage eingehen, die sich viele Mitbürger stellen: Was können wir tun, um endlich der Geißel des Terrorismus Herr zu werden? Wir hatten darüber eine lange Diskussion beim EG-Gipfel in London, und es besteht völlige Übereinstimmung zwischen den Staaten der europäischen Gemeinschaft — und darüber hinaus mit vielen anderen zivilisierten Staaten —, daß wir dieser modernen Heimsuchung, dieser Geißel der Menschheit noch in diesem Jahrzehnt Herr werden müssen.

Ich will dazu klar sagen: Es wird dem Terrorismus nicht gelingen, unseren freiheitlichen Rechtsstaat zu zerschlagen. Und wir werden auch nicht zulassen, daß dieser

freiheitliche Rechtsstaat in sich selbst verformt wird. Aber wir wollen einen starken Staat mit Autorität, der auch dieser Herausforderung begegnen kann.

Es gibt für die zynischen Anschläge und die feigen Morde keinerlei Entschuldigung, und es darf auch keinerlei Sympathie dafür geben. Diese Täter stoßen ebenso auf unsere unterschiedene Gegenwehr wie diejenigen, die ihnen in vielfältiger Weise den Rücken stärken.

Die Antwort auf die Herausforderung des Terrorismus muß von uns allen kommen. Wir sind in dreifacher Hinsicht gefordert: Ich bitte erstens alle im Lande, die Fahndungsmaßnahmen unserer Polizei zu unterstützen. Die Terroristen rechnen mit unserer Unaufmerksamkeit, und sie leben mitten unter uns. Jeder Hinweis, jede Hilfe ist für unsere Polizei wichtig. Unser Rechtsstaat garantiert, daß lediglich der überführte Täter bestraft wird. Wer die Fahndung der Polizei unterstützt, hilft Menschenleben zu retten und steht zu unserer Republik.

Zweitens ist es notwendig, auf die Brutalität des Terrorismus mit den notwendigen gesetzlichen Maßnahmen zu reagieren. Wir haben in diesem Sinne entschieden und die notwendigen Gesetze verabschiedet. Unsere Bundesrepublik Deutschland — ich sage es noch einmal — ist kein Nachwächterstaat. Wir setzen uns mit Herz und Verstand für die Verteidigung der Republik, unserer Demokratie, ein.

Wir müssen uns drittens — das gilt für uns alle in allen Bereichen — noch energischer gegen die Verharmlosung von Gewalt wenden. Verharmlosung von Gewalttaten ist in einigen Kreisen unserer Gesellschaft zur Mode geworden. Das ist aber nicht nur eine Herausforderung an die Politik. Ich wende mich bewußt auch an Eltern und Kirchen, an Lehrer, an viele Organisationen unserer Gesellschaft.

Wir sollten immer wieder gemeinsam klarstellen: Wer Gewalt gegen Sachen rechtfertigt, trägt Mitverantwortung für die Gewalt gegen Menschen. Gewalt gegen Sachen endet schließlich zu oft in blankem Mord. Wer sich von Gewalttättern bei Demonstrationen nicht klar distanziert, ermutigt sie zu immer neuer Gewalt. Wir sollten auch überall draußen im Land deutlich machen, daß wir ein freies Land sind und hier jedermann mit friedlichen Mitteln für oder gegen etwas demonstrieren kann. Aber Demonstrationen mit Gewalt zerstören die politische Kultur unseres Landes.

An dieser Stelle gehört auch ein klares Wort der Sympathie für unsere Polizeibeamten. Es ist ja ein eigenartiger Zustand — und ich bin ja einer von denen, die es jetzt Tag für Tag draußen in Sälen und auf Plätzen erleben —, daß diejenigen, die am meisten vom Frieden in der Welt reden, am meisten zum inneren Unfrieden des Landes beitragen. Die Art und Weise wie dabei Polizeibeamte, die ihre Pflicht tun für den inneren Frieden unseres Landes — so wie die Bundeswehrsoldaten ihre Pflicht tun für den äußeren Frieden —, angegangen werden, ist unerträglich.

Ich finde, manch einer sollte sich auch bei seiner Wortwahl, in seiner Ausdrucksweise überlegen, was dies bedeutet. Wir sollten unsere Sympathie für die jungen Beamten des Bundesgrenzschutzes, der Bereitschaftspolizeien der Bundesländer und auch für die Beamten, die in ihren Revieren Dienst tun, immer wieder deutlich Ausdruck verleihen: Es sind Mitbürger, die ihre Pflicht für uns alle tun, und ohne sie ist der innere Frieden unseres Landes nicht zu gewährleisten.

Damit ist eine sehr grundsätzliche Frage angesprochen, nämlich die Frage nach der politischen Kultur dieses Landes. Ich meine, wir sollten als christliche Demokraten deutlich machen: Wer in der Poli-

tik und auch sonst Haß predigt, kann sich dann nicht davonmachen, wenn die Saat der Gewalt aufgeht. In der klaren Absage an jede Form der Gewalt müssen sich alle Demokraten — bei allen sonstigen Meinungsverschiedenheiten — einig sein. Wer diese demokratische Grundlage verläßt, muß auf unseren entschiedenen Widerstand treffen.

Und ich frage alle — ich frage auch uns selbst — ob in diesem Zusammenhang genug getan wird. Wer etwa bei den Grünen vom „gewaltfreien Bürgerkrieg“ spricht, der muß wissen, was er tut. Wenn führende SPD-Politiker von Ausgrenzung sprechen, weil wir mit einer Parteigruppierung nichts zu tun haben wollen, die Sachbeschädigung rechtfertigt, Gewalttaten bei Demonstrationen entschuldigt und sich ganz allgemein nicht klar von Gewalt distanziert, dann müssen wir ihnen antworten: Das ist eine Abgrenzung, die zwingend notwendig ist.

Ich weiß, daß mancher Wähler in den GRÜNEN eine Umweltpartei sieht, mit Programmpunkten, die dem einen oder anderen gutmeinenden Idealisten sympathisch sind. Viele haben noch nicht erkannt, daß die eigentlich tragenden Kräfte dieser Gruppierung längst zu einer anderen Republik aufgebrochen sind. Wir werden deswegen auch in diesem Wahlkampf deutlich machen, daß man eine Partei nicht wählen darf, die Gewalt verharmlost oder herbeiredet. Und wir werden nicht ablassen, die Wähler darauf hinzuweisen — vor allem die Wähler in der Arbeitnehmerschaft —, welch trauriges Bild die traditionsreiche deutsche Sozialdemokratie bietet, wenn sie sich — jedenfalls in Teilen — einer politischen Gruppierung anbietet, die eine klare Absage an Gewalt verweigert. Wer wirklich dem Frieden dienen will, dem Frieden in der Welt, der darf auch den Frieden im eigenen Land nicht zerstören. In

dieser Frage sollten Demokraten keine Kompromisse schließen.

Liebe Freunde, wir lassen uns in diesem Wahlkampf trotz mancher Hektik nicht beirren: Wir tragen unser Programm vor, und wir geben Rechenschaft. Und ich nenne zwölf wichtige Gründe, die meiner Meinung nach entscheidend sind für die Wähler, am 25. Januar ihre Stimme und ihr Vertrauen der Union zu schenken.

Gleichsam als Präambel zu diesen zwölf Punkten gilt uns die Präambel des Grundgesetzes mit dem Ziel, ein freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa zu verwirklichen. Das ist unverändert die historische Aufgabe unserer Nation.

Diejenigen in der SPD, die von Streichung oder von der Veränderung dieser Präambel sprachen, sind vor der Wahl stiller geworden — man hat sie aus dem Verkehr gezogen, um den Wähler nicht zu erschrecken. Aber gehen Sie davon aus: Das Thema bleibt auf der Tagesordnung.

Für uns bleibt die Präambel des Grundgesetzes eine Grundvoraussetzung unserer Republik. Die Männer und Frauen, die im Parlamentarischen Rat zusammensaßen — ich nenne Theodor Heuss für die FDP, Carlo Schmid für die SPD und Konrad Adenauer für die Union —, haben in dieser Präambel formuliert, was als Extrakt aus den geschichtlichen Bedingungen dieses Jahrhunderts Erfahrung und Willen der Deutschen wurde.

Es gibt gute Gründe für unsere Mitbürger, ihre Stimme der Union zu geben. Wir bitten die Wählerinnen und Wähler um ihr Vertrauen:

1. weil es Deutschland heute besser geht als vor vier Jahren und uns deshalb auch zuzutrauen ist, daß wir die Zukunft sichern,
2. weil wir fest zu unseren Grundwerten stehen und unsere Politik so dem Frieden

in der Welt voranbringt und somit Frieden und Freiheit im eigenen Land erhält,

3. weil wir bewiesen haben, daß wir von einer modernen Volkswirtschaft mehr verstehen und daß wir fähig sind, Arbeitslosigkeit zu stoppen und abzubauen und für mehr Menschen Arbeitsplätze zu schaffen,

4. weil wir mit der Konsolidierung des Haushalts bewiesen haben, daß auch künftig auf uns Verlaß ist und wir nicht mehr ausgeben, als wir zuvor gemeinsam erarbeitet haben,

5. weil wir — aller Skepsis zum Trotz — in diesen vier Jahren bei einer schlechten Ausgangslage in der Kasse eine erste, kleine Steuerreform ermöglicht haben und fähig sind, nun auch die große Steuerreform zu verwirklichen,

6. weil im Mittelpunkt unserer Politik die Familie steht und unsere Politik dazu führen wird, daß Kinder in Deutschland endlich wieder Vorfahrt haben,

7. weil wir bewiesen haben, daß unsere Politik für junge Mitbürger eine gute Ausbildung ermöglicht und das auch in Zukunft so bleiben wird,

8. weil wir den Frauen neue Chancen in Familie und Beruf eröffnet haben und weil mit uns das, was überfällig ist: die Gleichberechtigung im Alltag, verwirklicht wird,

9. weil wir in einer schwierigen Situation die Rente für die älteren Menschen wieder sicher gemacht haben und weil wir auch im Blick auf die junge Generation in den nächsten vier Jahren die große Reform der Alterssicherung durchführen wollen,

10. weil wir endlich mit einem wirklichen Umweltschutz ernst gemacht haben, weil wir Anwälte unserer Natur sind und es ein entscheidendes Ziel unserer Politik ist, unsere Bundesrepublik Deutschland

ökonomisch und ökologisch im bestmöglichen Zustand an die nächste Generation weiterzugeben,

11. weil wir bewiesen haben — CDU und CSU als große Volksparteien der Mitte —, daß wir bei allen gesellschaftlichen Gegensätzen ganz unterschiedliche Interessen zum Wohle des Ganzen zusammenführen können,

12. weil jeder, wenn er die letzten vier Jahre kritisch betrachtet, erkennen wird, daß wir mit der besseren Mannschaft vor den Wähler treten und daß nur wir fähig sind, auch in den nächsten vier Jahren eine stabile, eine leistungsstarke, an der Zukunft orientierte Regierung zu bilden.

Meine Damen und Herren, es kommt nun darauf an, dies alles in den nächsten 48 Tagen unseren Bürgern vorzutragen. Wir müssen deutlich machen, daß wir um jede Stimme kämpfen und daß wir jede Stimme brauchen. Nur so kann das, was wir in diesen vier Jahren mit Unterstützung so vieler leisten konnten — das Haus der Bundesrepublik wieder zu stabilisieren —, eine Fortsetzung erfahren: dieses Haus jetzt auch innen wohnlicher zu machen.

Es gibt noch viel zu tun in den nächsten Jahren: mit Blick auf den gesicherten Lebensabend der älteren Generation, der wir Dank schulden für die großartige Leistung des Aufbaus unserer Bundesrepublik Deutschland, und mit Blick auf die junge Generation, für die wir dieses Haus ausbauen wollen, damit sie einmal in späteren Jahren, wenn ihre Zeit gekommen ist, das Haus übernehmen und in ihrem Geist und nach ihrem Willen weiterführen kann. Wir wollen die Grundlagen dazu legen und sichern — dazu brauchen wir Hilfe und Unterstützung der Bürger.

Ich bitte Sie alle, meine lieben Freunde in der Partei: Helfen Sie mit, jeder für sich und an seinem Platz. Wir haben eine gute Chance, es kommt auf jeden von uns an.

Heiner Geißler:

Unsere Strategie ist erfolgreich – die Partei ist mobilisiert

Uns trennen nur noch wenige Wochen von der Bundestagswahl. Die CDU ist in der Offensive. Unsere Strategie ist erfolgreich, die Partei ist mobilisiert. Wir gründen unsere Kompetenz, die Zukunft zu gestalten, auf unsere Erfolge in dieser Legislaturperiode. Sie mußten nach der größten Wirtschafts- und Sozialkrise seit der Währungsreform, die uns die SPD 1982 hinterlassen hatte, schwer erarbeitet werden.

Die SPD befindet sich in einem desolaten Zustand. Dies hat mehrere Gründe:

1. Das Wahlziel, die absolute Mehrheit zu erreichen, ist unrealistisch und unwahrhaftig. Niemand in der SPD glaubt daran.
2. Die Wählerschaft ist ebenso wie die Führung der SPD tief gespalten: eine Mehrheit will mit den Grünen zusammengehen, eine Minderheit, zu der der Kanzlerkandidat gehört, ist dagegen.
3. Die Strategie von Willy Brandt, eine Mehrheit links von der Union zu bilden, ist inzwischen für die SPD lebensgefährlich geworden. Die SPD ist nach links und in Richtung Grüne gerückt, hat weitgehend ihre eigene Identität als Arbeiterpartei aufgegeben, arbeitnehmerfeindliche grüne Themen übernommen und aufgewertet; sie bezahlt jetzt die Quittung dafür, daß diejenigen Wählerinnen und Wähler, die diese Themen für richtig halten, lieber das Original, nämlich die Grünen, und nicht die Kopie, die SPD, wählen.

Es gibt daher einige unter uns, die glauben, daß schon alles klar sei. Richtig ist,

daß die SPD verloren hat bei den letzten Landtagswahlen. Aber gleichzeitig haben die Grünen zugenommen. Das rot-grüne Lager ist inzwischen nicht wesentlich geschwächt worden. Deshalb soll niemand von uns glauben, das Rennen sei schon gelaufen.

Die Fata Morgana der SPD

Johannes Rau erklärt, er wolle die absolute Mehrheit. Dies ist eine Fata Morgana. Die SPD hatte vor vier Jahren 38 % und liegt in den neuesten Umfragen zwischen 36 und 38 %. Niemand glaubt, daß die SPD in sechs Wochen um 12% bis 14% zunehmen wird. Sie hat Glück, wenn sie nicht noch mehr verliert. Aber der Kanzlerkandidat der SPD lehnt eine Koalition mit den Grünen ab. Er muß infolgedessen dem deutschen Volk die Frage beantworten, wie er eigentlich Kanzler werden will. Er kann diese Frage nicht beantworten. Diese Tatsache ist das eigentliche Dilemma des Wahlkampfes der SPD.

Johannes Rau ist ein Feldherr ohne Strategie, dem seine Truppen nicht folgen und dessen Truppen an den Sieg nicht glauben. Johannes Rau wird in der SPD mehr und mehr isoliert. Willy Brandt, Peter Glotz, Hans-Jochen Vogel, Egon Bahr, Gerhard Schröder, Horst Ehmke, die gesamte Führungsspitze der SPD ist inzwischen von ihm abgerückt. Ich zitiere stellvertretend für viele Aussagen Gerhard Schröder: „Es macht keinen Sinn, den Leuten zu sagen, wir kriegen die absolute Mehrheit, wenn wir so weit entfernt davon sind wie nie zuvor.“ (Deut-

sches Allgemeines Sonntagsblatt,
23. 11. 86)

Da wir nicht annehmen können, daß die gesamte SPD-Führung aus Phantasten besteht, die von der absoluten Mehrheit träumen, wird doch die Vermutung zur Gewißheit, daß die Sozialdemokraten in Wirklichkeit eine Koalition mit den Grünen auch auf der Bundesebene anstreben, so, wie sie es in Hessen, entgegen ihren Voraussagen vor der Landtagswahl, gemacht und so, wie sie es in Niedersachsen beabsichtigt haben und wie sie es in zahllosen Städten und Kreisen schon lange praktizieren.

Das Wahlziel der absoluten Mehrheit der SPD ist daher nichts anderes als ein gigantisches Täuschungsmanöver, um den Wähler über das eigentliche Wahlziel, nämlich einen rot-grünen Pakt nach der Bundestagswahl, zu täuschen. Führende Sozialdemokraten sprechen dies inzwischen auch ohne jede Rücksicht auf ihren Kanzlerkandidaten offen aus, wie z. B. Willy Görlach, Karsten Voigt und die Jungsozialisten. Görlach hat es auf einen Nenner gebracht: „Wenn halt nur die Grünen bereit sind, . . . dann sage ich, laßt es uns gemeinsam machen! Es gibt sicher einige Spitzengenosse, die auch so denken wie ich, aber die sagen es nicht laut.“ (Der Spiegel 5. 5. 86)

SPD im Schlepptau der Grünen

Daß der rot-grüne Pakt das eigentliche Ziel der SPD ist, dafür gibt es noch einen anderen überzeugenden Beweis, nämlich die inhaltliche Annäherung, ja sogar Übereinstimmung zwischen den Grünen und einer immer größer werdenden Mehrheit der SPD. Die SPD befindet sich inzwischen inhaltlich im Schlepptau der Grünen. Zwei Entwicklungen in der parteipolitischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland sind von besonderer Bedeutung:

1. Die Grünen bekommen ihre politische Bedeutung überhaupt nur dadurch, weil die SPD bereit ist, den Zielen und den Inhalten der Grünen die Tore zur Regierungsverantwortung zu öffnen. Richtig ist, daß früher für die Grünen, vor 7 oder 8 Jahren, der Umweltschutz das Hauptthema war. Inzwischen aber konzentrieren sie sich, wie ihre Arbeit im Deutschen Bundestag in dieser Legislaturperiode beweist und die Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlung der Grünen unterstreichen, auf ganz andere Themen:

- Austritt aus der NATO
- einseitige Abrüstung
- binnenwirtschaftliche Orientierung und Abbau der Exportindustrie
- Abschaffung des Bundesgrenzschutzes
- Abrüstung der Polizei
- Reduzierung der Bundeswehr
- Abschaffung des § 218
- Verharmlosung der Gewalt und Aufruf zur Übertretung von Strafgesetzen zur Durchsetzung ihrer Ziele.

Angesichts dieser Inhalte kann man über die Bewunderung der Grünen durch manche Damen und Herren der sogenannten besseren Gesellschaft nur staunen. Die Berühmtheit mancher Zeitgenossen hat offenbar etwas mit der Blödsinnigkeit der Bewunderer zu tun. Arbeiter, Handwerker, die auf den wirtschaftlichen Aufschwung angewiesen sind und ihr Schäfchen nicht im Trockenen haben, gehören nicht dazu. Man muß sich einmal vor Augen halten, wo die Grünen bei den letzten Wahlen ihre höchsten Stimmenzuwächse bekommen hatten: In den Villenvororten von Frankfurt im Taunus oder in München, in Schwabing und Bogenhausen und Grünwald, wo die Schickeria ihre Villen hat. Das sind also jetzt die neuen Verbündeten der früheren Arbeiterpartei SPD, die Schicki-Micki-Leute aus der Kir Royal Society.

2. Die Grünen sind inhaltlich die eigentliche Oppositionspartei geworden. Sie geben die Richtung an, in die das rot-grüne Lager marschieren soll, ein Marsch zurück in Krise und Niedergang. Wir werden alles tun, damit diese Leute nie an die Regierung kommen.

Wer die Inhalte der Grünen verschweigt oder verharmlost, gewinnt keine grünen Wähler, sondern macht es den Wechselwählern leichter, grün zu wählen.

Deshalb ist die Position der Christlich Demokratischen Union zu den Grünen klar. Wir bekämpfen die Grünen mit aller Entschiedenheit, denn sie wollen raus aus der NATO und raus aus der Industriegesellschaft, sie stellen den demokratischen Rechtsstaat in Frage und distanzieren sich nicht eindeutig von der Gewaltanwendung. Diesen öko-romantischen Maschinenstürmern, Untergangsstrategen und Krisenmachern wollen wir die Zukunft unserer Jugend nicht anvertrauen.

Die Ziele der Grünen und der SPD

Die Sozialdemokraten und die Grünen stimmen in folgenden Bereichen der Politik inhaltlich überein:

1. Grüne und Sozialdemokraten wenden sich gemeinsam gegen den „Extremisten-erlaß“ und sind damit einverstanden, daß Verfassungsfeinde als Lehrer in unseren Schulen unterrichten und als Richter Recht sprechen können. Grüne und Sozialdemokraten lehnten im Deutschen Bundestag gemeinsam die Anti-Terrorgesetze ab. Grüne und Sozialdemokraten fordern gemeinsam die Beseitigung der Strafbestimmung, die die Werbung für eine terroristische Vereinigung verbietet. Die Grünen befürworten in ihrem Bundesprogramm Sitzstreiks, Wegesperren, Blockaden, in ihrem hessischen Landesprogramm sogar „gezielte Sabotage“. Die Grünen halten damit Nötigung, Sachbeschädigung, Haus- und Landfriedens-

bruch zur Durchsetzung ihrer Ziele für gerechtfertigt. Ausschließlich die SPD hat es zu verantworten, daß die Vertreter einer solchen elitären Moral inzwischen Minister und Staatssekretäre in einem sozialdemokratisch geführten Kabinett geworden sind und dadurch von der SPD eine politische Legitimation für ihre rechtswidrige Politik erhalten haben.

Wie soll eigentlich der gesetzestreue Bürger Vertrauen in den Rechtsstaat gewinnen, der jede Übertretung eines Parkverbotes mit z. T. drastischen Strafen büßen muß, wenn die SPD Vertreter dieser elitären Moral zu Ministern macht? Es kann doch nicht so weitergehen, daß unsere Polizeibeamten in der Besoldungsgruppe A 5 bis A 9 mit zum Teil endlosen Überstunden, oft beschimpft und verletzt, den Rechtsstaat gegen diese elitäre Moral und die daraus resultierenden Gewalttätigkeiten verteidigen, während die geistigen Urheber dieser Gewalttätigkeiten sich, wie Joschka Fischer als Minister, nach der höchsten Besoldungsgruppe B 11 von dem Rechtsstaat bezahlen lassen, den sie bekämpfen.

Ausstieg aus der NATO

2. Die Grünen wollen raus aus der NATO (Wahlprogramm). Führende Kräfte der SPD, wie Oskar Lafontaine, Erhard Eppler und Gerhard Schröder, befürworten den Ausstieg aus der militärischen Integration der NATO. Jeder weiß, daß dies den Anfang vom Ende der Westlichen Allianz bedeuten würde. SPD und Grüne wollen die NATO-Nachrüstung rückgängig machen. SPD und Grüne wollen die SDI-Vereinbarungen mit den Vereinigten Staaten kündigen. Die Grünen fordern die drastische Reduzierung des Personalbestandes der Bundeswehr und die Verkürzung der Wehr- und Zivildienstzeit (Wahlprogramm). Die SPD fordert (SPD-Parteitag in Nürnberg), daß

„größere Teile der Streitkräfte auf Kaderverbände reduziert werden“ (Beschluss des SPD-Parteitag in Nürnberg, August 1986) und lehnt die Verlängerung des Grundwehrdienstes ab (Wahlprogramm). SPD und Grüne wollen gemeinsam eine atomwaffenfreie Zone in Europa fordern, die Kürzung des Verteidigungsetats, sie bagatellisieren die Bedrohung durch die Sowjetunion und unterscheiden sich in ihrem Antiamerikanismus nur noch in Nuancen.

In Nürnberg forderten die Sozialdemokraten die Herstellung der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ der Bundeswehr. Damit unterstellen die Sozialdemokraten, genauso wie die Grünen, daß die Bundeswehr einen Angriffskrieg führen könne und wolle. SPD und Grüne verkennen, daß die Bundeswehr ausschließlich der Verteidigung dient und die Westliche Allianz ein reines Verteidigungsbündnis ist.

Die NATO kann weder von ihrer Bewaffnung noch von ihrer Logistik her einen Angriffskrieg führen, noch können wir einen Angriffskrieg führen aufgrund der Verträge, aufgrund unserer Verfassung, aufgrund unserer moralischen Einstellung und politischen Grundsätze. Die Führung der Sowjetunion weiß dies genau. Sie fürchtet sich daher nicht vor der NATO und der Bundeswehr, sondern vor der Existenz freiheitlicher Staaten und Gesellschaftsordnungen am Rande ihres Imperiums. Sie fürchtet sich vor der ansteckenden Kraft der Freiheit und der Demokratie. Deswegen will die Sowjetunion militärische Übermacht und politische Überlegenheit in Europa gewinnen, um diese freiheitlichen Staaten und Gesellschaftsordnungen zu neutralisieren.

In dieser Zielsetzung trifft sich die sowjetische Westpolitik mit den neutralistischen Zielen der Grünen und einer immer größer werdenden Mehrheit in der SPD.

Gegen die Wiedervereinigung

3. In ihrem Wahlprogramm sprechen sich die Grünen für den endgültigen Verzicht auf „Wieder- oder Neuvereinigungsoptionen“ aus. Auch in der Deutschlandpolitik hat die SPD begonnen, sich den Grünen anzupassen. Zunächst stellte der SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Schmude (immerhin ehemaliger Justizminister) in seiner Rede am 17. 5. 1985 den Anspruch auf die Wiedervereinigung Deutschlands ausgerechnet vor dem Kuratorium Unteilbares Deutschland in Frage. Die SPD-Linke im „Frankfurter Kreis“ übernahm im Februar 1986 diese Forderung: „Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands muß als Ziel aufgegeben werden“ (Leitantrag des „Frankfurter Kreises“ der SPD „Für eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik“ an den Bundesparteitag, Oer-Erkenschwick/Bonn, 16./17. 2. 1986); und im Irseer Grundsatzprogrammwurf, dem Zukunftskonzept der SPD, steht von der Wiedervereinigung Deutschlands kein Wort mehr.

Zwischen der CDU und der SPD gibt es viele grundsätzliche Unterschiede. Ein Unterschied besteht darin: Wir singen auf unseren Bundesparteitag zum Abschluß immer die Nationalhymne. Die Sozialdemokraten singen auf ihren Parteitagen die alten sozialistischen Kampflieder, die aus dem letzten Jahrhundert stammen, wie die ganze Partei und ihre Ideologie. Auf ihrem letzten Bundesparteitag in Offenburg hat die SPD zum ersten Mal auch das Deutschlandlied gesungen. Das kann man nur begrüßen. Aber es ist doch absolut ungläubwürdig, vor dem deutschen Fernsehen die 3. Strophe zu singen — „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ — und im Grundsatzprogrammwurf die Wiedervereinigung als Ziel zu streichen.

Kehrtwende in der Energiepolitik

4. In der Energie-Politik gibt es zwischen Grünen und Sozialdemokraten nur noch graduelle Unterschiede. Beide sind für den Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die links-alternative „Tageszeitung“ kommentierte die Kehrtwende der SPD in der Energie-Politik als „die Übernahme eines ganzen Kapitels grüner Umbaupolitik“ (TAZ 12. 8. 1986).

Die Sozialdemokraten hatten, wie wir alle wissen, 17 von 19 Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland genehmigt und in Betrieb genommen. Noch nie gab es eine politische Partei, die ihre Fahne so nach dem Wind gehängt hat wie die SPD, bei der der blanke Opportunismus Trumpf ist.

Für die CDU ist die Erhaltung und der Schutz unserer natürlichen Umwelt nicht nur Lippenbekenntnis, sondern wird zentrale Aufgabe der kommenden Legislaturperiode sein und ist es in unserer Regierungsarbeit in den letzten 4 Jahren gewesen. Ich nenne nur die Großfeuerungsanlagenverordnung, TA Luft, Durchsetzung des abgasarmen Autos und des bleifreien Benzins usw. Und was in den letzten Wochen an fahrlässiger, ja sogar vorsätzlicher Verschmutzung des Rheins geschehen ist, stößt bei uns auf Empörung und Protest. Die von uns geführte Bundesregierung hat umgehend konkrete Maßnahmen und gesetzliche Verbesserungen beschlossen.

Die Vereinigten Staaten hatten das abgasarme Auto 1972 eingeführt, die Japaner 1976. Wer um alles in der Welt hat eigentlich Helmut Schmidt und Willy Brandt daran gehindert, damals auch bei uns das abgasarme Auto einzuführen? Die Sozialdemokraten haben nichts zum Schutz der Umwelt auf der Bundesebene getan. Aber jetzt wollen sie, wie Johannes Rau letzte Woche im Deutschlandfunk (3. 12. 1986) erklärt hat, „aus Stimmungen Stimmen

machen“. Willy Brandt spricht vom „Bhopal am Rhein“ (Fernsehdiskussion der Parteivorsitzenden nach der Bürgerchaftswahl in Hamburg, 9. 11. 1986). Im indischen Bhopal starben damals mehr als 2 000 Menschen und wurden mehr als 100 000 Menschen verletzt.

Wer so hemmungslos und ohne Maß die Emotionen und die Ängste schürt, um Stimmen zu fangen, erweist sich als moralisch unfähig, ein Volk in einer schwierigen Zeit zu regieren, und eignet sich zwar als Wortführer von Panikmachern, Neo-Marxisten, Anarchisten und Chaoten, hat sich aber für die verantwortliche Führung eines modernen Industriestaates disqualifiziert.

5. In der Wirtschaftspolitik sehen die Grünen die Ursachen allen Übels in den „herrschenden privaten Eigentums- und Verfügungsverhältnissen über die Produktionsmittel“ (Wahlprogramm). Die SPD formuliert in ihrem Grundsatzprogrammwurf, „Ziel des Sozialismus war und ist es, . . . die Herrschaft des Kapitals über die arbeitenden Menschen, der toten über die lebendige Arbeit, der Gewinnerzielung über die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu brechen und die Existenz bevorzogter herrschender Klassen aufzuheben . . .“.

Das ist es: Längst widerlegte marxistische Kapitalismuskritik und Klassenkampf als gemeinsamer Nenner grüner und sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. — Ist das die Perspektive für die Arbeitnehmer und die Unternehmer, für die Sicherung der bestehenden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze? Soll unser Land verwandelt werden in ein öko-marxistisches Mausoleum, in dem die Skelette von Marx und Engels klappern und rot-grüne Spukis wie Joschka Fischer und Erhard Eppler ihr Unwesen treiben?

Liebe Freunde, die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland ist Sache der CDU.

Die Auseinandersetzung um die Bundestagswahl am 25. Januar wird gerade in den letzten Wochen des Wahlkampfes schwer und hart sein. Wir brauchen den Einsatz eines jeden Mitgliedes.

SPD als Stichwortgeber für die Sowjets

In die Reihe unserer Wahlkampfgegner hat sich inzwischen auch die „Prawda“ eingeordnet. Lassen wir uns nicht irritieren von den unerträglichen und massiven Angriffen dieser kommunistischen Parteizeitung und des „Neuen Deutschlands“. Dies alles hat seine Gründe. Der DKP-Vorsitzende Mies hat eine „Fülle von Gemeinsamkeiten“ (dpa, 13. 9. 1986) zwischen den deutschen Kommunisten und der SPD festgestellt. Horst Ehmke tritt gemeinsam mit DKP-Funktionären auf Veranstaltungen auf, Jungsozialisten lehnen jede Koalition mit dem RCDS an den deutschen Hochschulen und Universitäten ab und verbünden sich mit Spartakisten und Kommunisten. Die ehemalige stellvertretende Vorsitzende der SPD-Grundsatzkommission, Gesine Schwan, spricht von der „Kollaboration mit der Sowjetunion“ (Tagesspiegel, 29. 6. 1986). Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Hans-Jochen Vogel, sagte im Sommer: Wir wollen „nicht die Vasallen der jeweiligen amerikanischen Administration sein“ (dpa, 28. 6. 1986). Die DKP ruft inzwischen mit Zustimmung Moskaus zur Stimmabgabe für die SPD auf und verzichtet zugunsten der SPD auf die Aufstellung eigener Kandidaten.

Es ist klar, was hier vorgeht. Vor vier Jahren besuchte der damalige Kanzlerkandidat der SPD, derselbe Hans-Jochen Vogel, im Januar 1983 Moskau. Andropow, der damalige Generalsekretär der KPdSU, sagte damals laut Protokoll des deutschen Botschafters, er hoffe, daß die SPD wieder die Regierungsverantwortung übernehmen könne.

Auch bei dieser Bundestagswahl, dies ist der entscheidende Vorgang, wollen die Kommunisten, daß SPD und Grüne die Wahl gewinnen.

Ich fordere die Sowjetunion auf, im Interesse der Fortführung der Entspannungspolitik jeden Eindruck zu vermeiden, sie mische sich in den bundesdeutschen Wahlkampf ein. Wir fordern die Deutschen auf, sich nicht unter Druck setzen zu lassen und nicht die Partei zu wählen, die für die Sowjetunion politisch am bequemsten ist, sondern die Partei, die konsequent die deutschen Interessen vertritt, nämlich die CDU.

Heute stehen wir wieder, wie zu Beginn der Republik, vor der Entscheidung, durch welche Politik die Zukunft unseres Landes gesichert werden soll. Damals wie heute stehen wir vor großen Problemen und Herausforderungen, und die Wähler müssen sich entscheiden zwischen den Kräften der Zukunft, für die die Union steht, und denen der Vergangenheit.

Die Themen der 90er Jahre

Europäische Einigung, westliche Allianz, Soziale Marktwirtschaft, dynamische Rente, das waren damals wie heute unsere zukunftsweisenden Konzepte. Und in unserem Zukunftsmanifest bestimmen wir die Themen der neunziger Jahre: technischer Fortschritt, wirksamer Schutz vor der Umwelt, wirtschaftliche Dynamik, neue Arbeit, weniger Staat, aktive Subsidiarität.

Die Parolen der rot-grünen Reaktion lauten dagegen: Neutralismus, Klassenkampf, Technikfeindlichkeit, Kollektivismus, Staatsgläubigkeit.

Ich denke, wir können der Entscheidung des Wählers über unser Zukunftskonzept mit Zuversicht entgegensehen.

Alfred Dregger:

Wer Gewalt übt oder zuläßt, der zerstört die Demokratie

Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren, liebe Freunde: Ich spreche für 253 Abgeordnete der CDU und CSU, also für die gemeinsame Bundestagsfraktion, die in dieser Woche planmäßig ihre parlamentarische Arbeit beendet.

In den großen Debatten der letzten Jahre und insbesondere des letzten Jahres ist ein Mann nicht erschienen, der zunächst von allen erwartet wurde. Ich meine den Kanzlerkandidaten der SPD. Ich weiß nicht, ob es ihn überhaupt noch gibt und ich weiß auch nicht, ob es immer noch dieselbe Person ist; vielleicht hat Herr Brandt schon einen anderen in petto. Jedenfalls: Herr Rau war nicht da. Warum nicht? Mangel an Sachkompetenz, Mißtrauen gegenüber der eigenen Partei, ich weiß es nicht. Ich bin jedenfalls der Meinung, daß ein Mann, der nicht fähig oder nicht bereit ist, vor dem Forum der Nation zu den großen Fragen der deutschen Politik Stellung zu nehmen, ungeeignet ist, Deutschland zu regieren.

Seine Parteifreunde der SPD sind den Grünen in diesen vier Jahren außerordentlich nahe gekommen. Heiner Geißler hat es ausgeführt: Die Grünen sind keine harmlose ökologische Partei. Sie sind weder harmlos noch ökologisch. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat drei Schriften herausgegeben, die ich Ihnen empfehle. „Die Kader der Grünen“, entscheidend sind die Kader für die Richtung. „Grüne und Gewalt“, ein Gericht hat festgestellt, daß sie sich nicht von Gewalt distanzieren. Und „Grüne und Geld“. Ich finde, daß diese drei Schriften wichtig

sind für unseren Wahlkampf. Die Grünen haben die SPD ruiniert. Richard Löwenthal, der große alte Mann der SPD, hat 1981 vorausgesagt: Wenn die SPD gemeinsame Sache mit den Grünen macht, dann wird sie ihre moralischen und politischen Bindungen an unsere großen Partner im Westen ebenso aufgeben wie die Grundsätze der Industriegesellschaft. Und was Richard Löwenthal vorausgesagt hat, ist eingetreten. Eine grün-rote Mehrheit wäre ein Unglück für Deutschland. Wir haben nicht nur die Aufgabe, unsere gute Politik fortzusetzen, sondern dieses Unglück zu verhindern.

Als Unionsfraktion werden wir am Ende der Legislaturperiode sagen können: Wir haben die Regierung tatkräftig unterstützt. Wir haben alle schwierigen Entscheidungen mit 253 Abgeordneten aus CDU und CSU einstimmig getroffen. Wir wurden auf diese Weise zum stabilisierenden Element der Union von CDU und CSU und der Koalition, und wir haben eigene Schwerpunkte gesetzt. Ich will drei nennen.

Die Konsolidierungspolitik, für die Gerhard Stoltenberg steht, haben wir uns nicht nur zu eigen gemacht, sondern wir haben sie verstärkt. Der Haushalt 1987 sah als Entwurf eine Steigerung der Gesamtausgaben um 2,9 Prozent vor. Wir haben diesen Ansatz verkürzt auf eine Gesamtausgabensteigerung um 1,9 Prozent und damit gewährleistet, daß die heruntergefahrne Nettoneuverschuldung des Vorjahres nicht erhöht wird. Für diesen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung habe ich vor allem Manfred Carstens und seinen „Haushältern“ zu dan-

ken. Uns geht es um die Rückgewinnung des finanziellen Handlungsspielraumes, den Willy Brandt und vor allem Helmut Schmidt verloren hatten. Wir zahlen in diesem Jahr 30 Milliarden DM an Zinsen für die Banken nur aufgrund der Schuldenwirtschaft, die die Sozialdemokraten vorher gemacht hatten. Und eine Milliarde ist eben nicht, wie Willy Brandt einmal vermutet hatte, 100 Millionen, sondern 1 000 Millionen, es ist also viel bedeutsamer. Wir wollen diesen finanziellen Handlungsspielraum zurückgewinnen, um gewappnet zu sein vor weltwirtschaftlichen Risiken und um eine Grundlage zu haben für die große Steuerreform, die wir in der nächsten Legislaturperiode verwirklichen wollen mit dem Ziel; Steuer-senkung für die Steuerzahler, Steuerver-einfachung, Entfaltung neuer Antriebs-kräfte — insbesondere im mittelständischen Bereich — und kräftige Reduzie-rung der Grundfreibeträge und der Kinderfreibeträge.

Die Abschaffung der Kinderfreibeträge in der Zeit der SPD-geführten Bundesregie-rung war ein großer Irrtum: Es ist doch ab-surd, alles mögliche als abzugsfähig anzu-sehen, nur die Kosten für Kinder nicht, als ob das ein Luxus wäre.

Zweiter Schwerpunkt der Arbeit der Fraktion: innere Sicherheit. Unsere In-nen- und Rechtspolitiker, unter dem Vor-sitz von Karl Miltner, haben schon wäh-rend der Sommerpause ein Maßnahmen-bündel zur Bekämpfung des Terrorismus und der Gewaltkriminalität erarbeitet. Uns geht es um den inneren Frieden, um die Autorität des demokratischen Staates, die — wenn sie einmal verloren ist — schwer wiederzugewinnen ist. Uns geht es um den Schutz der Bürger, die nur frei sind, wenn sie sicher sind. Und uns geht es um den Schutz der Polizeibeamten, von denen schon über 500 in den ersten sechs Monaten dieses Jahres teilweise

schwer verletzt worden sind. Wir haben eine Fürsorgepflicht für unsere Polizeibe-amten, und ich habe manchmal den Ein-druck, daß andere Fraktionen des Deut-schen Bundestages das nicht begreifen.

Im übrigen geht es hier um eine zutiefst politische und moralische Frage. Die De-mokratie verträgt fast alles, nur eines nicht: Gewalt. Wer Gewalt übt oder Ge-walt zuläßt, der zerstört die Demokratie, und das dürfen wir nicht zulassen. Wer de-monstriert, der muß sein Gesicht zeigen. Wer sich verummumt, der demonstriert nicht seine politische Meinung, sondern seine verbrecherische Gesinnung. Schon al-lein die Verummumung muß als Gewaltkri-minalität strafbar gemacht werden.

Der dritte Schwerpunkt ist die äußere Si-cherheit. Wir unterstützen die Friedens-politik von Helmut Kohl, die zwei Ziele hat: einmal die Abrüstung voranzutreiben und zum anderen unverminderte Sicher-heit für Deutschland und Europa zu er-halten. Vom europäischen Standpunkt aus bedeutet das: Wir müssen darauf dringen, daß die atomare Abrüstung, die wir bejahen, verknüpft wird mit der kon-ventionellen Abrüstung. Denn wir wer-den ja — anders als die Weltmächte — nicht nur von einer tödlichen Gefahr be-droht, dem Atomkrieg, sondern auch von einer zweiten, nämlich dem — verharmlo-send so genannten — konventionellen Krieg. Und deswegen müssen wir darauf dringen, daß auch die zweite Gefahr be-achtet und in die Abrüstungsgespräche der beiden Weltmächte eingebracht wird. Der Bundeskanzler hat diese europäi-schen Gesichtspunkte als erster nach Reykjavik in Washington eingebracht. Er hat es — nach Abstimmung mit Frank-reich und Großbritannien — auch für die französischen und die britischen Interes-sen tun können.

Wir, die Fraktion, unterstützen seine Friedenspolitik an zwei Fronten. Einmal im innenpolitischen Kampf gegen die existenzbedrohende Politik der Grünen und der SPD auf diesem Felde, die unweigerlich die sowjetische Hegemonie über Deutschland zur Folge haben würde, und durch intensive Gespräche mit unseren Freunden in unseren wichtigsten Hauptstädten der NATO-Allianz. Volker Rühle, mein Stellvertreter, war mit einer Delegation in London und Paris, um diese Fragen mit den dortigen Außenministern zu erörtern: Die Kollegen Jürgen Todenhöfer und Willy Wimmer waren gleichzeitig in Washington, und sie alle haben sehr aufmerksame Zuhörer gefunden. **Wenn wir unsere deutschen und europäischen Interessen besonnen, aber deutlich geltend machen, und das gilt auch für unser Verhältnis zu Moskau, dann fahren wir in jedem Falle am besten.** Was ich in der Debatte am 6. November im Deutschen Bundestag gefordert habe, nämlich die Erarbeitung einer europäischen Position für die Abrüstungsgespräche der Weltmächte, ist auf gutem Wege.

Das sind drei Schwerpunkte der Fraktionsarbeit der letzten Jahre. Ich möchte noch stichwortartig vier Punkte nennen, weil sie uns besonders am Herzen lagen und auch in den kommenden Jahren wieder liegen werden.

1. Bessere Rahmenbedingungen für das Leben, für Mütter und Alleinstehende mit ihren Kindern und damit auch für das ungeborene Leben. Meine Damen und Herren, was wir in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht haben an familienpolitischen Reformen — insbesondere möchte ich die eigenständige Alterssicherung für die Mütter nennen —, gehört zu den großen Kapiteln unserer Sozialgeschichte. Das muß erst noch in das Bewußtsein unserer Mitbürger eingebracht werden.

Das zweite, was uns am Herzen lag, war die Stabilisierung unseres Systems der sozialen Sicherheit, das vor dem Ruin stand, als wir die Regierung übernahmen.

Diese großen Aufgaben, die ich jetzt genannt habe, verbinden sich für immer mit den Namen von Heiner Geißler und Norbert Blüm und mit vielen Kollegen meiner Fraktion, von denen ich nur einen nennen möchte, Adolf Müller (Remscheid), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, der nie in den Vordergrund getreten ist, aber der aufgrund von Sachkompetenz und Charakter entscheidend zu dem Erfolg beigetragen hat. Lieber Adolf Müller: Die ganze Fraktion bedauert es, daß Sie nicht in der nächsten Legislaturperiode dabei sein wollen.

Die dritte dieser Aufgaben: Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gegen Vergiftung und Zerstörung. Wir sind nur Treuhänder. Wir müssen die Kulturlandschaft nicht unverändert, aber unversehrt an die nächste Generation weitergeben. Wir, die Bundesrepublik Deutschland, sind inzwischen Vorreiter des Umweltschutzes in Europa, und noch heute fällt es schwer, unsere Partner in der EG für eine eingreifende, durchgreifende Umweltpolitik zu gewinnen. „Le Waldsterben“ ist im Französischen immer noch ein Fremdwort. Wir tun alles, was nur denkbar ist. Tschernobyl und Basel, die nicht miteinander vergleichbar sind, haben neue Herausforderungen gestellt, und wir müssen mit diesen Herausforderungen — und werden es auch — fertig werden. Im nationalen Rahmen und im internationalen Rahmen. Wir erwarten von unserer Industrie — und ich wende mich direkt an die Vorstände: Sie haben das Geld und sie haben auch die technischen Fähigkeiten, sie sind verpflichtet, nicht nur die Vorschriften zu erfüllen, sondern sie haben gefälligst auch in der

Ökologie vorbildlich zu sein. Sie haben ein Vorbild zu geben.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Politik für unsere Bauern. Im Deutschen Bundestag hat sich vor kurzem Herr Ertl, ein sympathischer Mann, vom Parlament verabschiedet. Ich glaube, man wird ihm nicht zu nahe treten, wenn man sagt, daß ihm auch die Gnade des rechtzeitigen Abschieds aus der Politik geschenkt worden ist. Als Herr Ertl nämlich ging, da waren die Läger übervoll, und die Überproduktion war nicht mehr zu finanzieren. Und wir, mit Ignaz Kiechle, müssen nun mit diesen Folgen fertig werden und müssen eine Agrarpolitik nicht nur in Deutschland, sondern in der Europäischen Gemeinschaft durchsetzen, die die klein- und mittelbäuerlichen Strukturen in Deutschland erhält. Die verlässlichen Freunde unserer Landwirte sind sicherlich nicht bei den anderen — bei unserem politischen Gegner — zu finden. Das wollen wir sein, und das sind wir. Wir haben bei einer Ausgabensteigerung des Gesamtetats von 1,9 Prozent den Landwirtschaftsetat um 12,9 Prozent gesteigert. Das ist nur ein geringer Trost für unsere Bauern.

Aber es zeigt doch unsere Entschlossenheit, kein Mittel unversucht zu lassen und keinen Weg unbegangen zu lassen, der es ermöglicht, das zu erreichen, was wir wollen, nämlich eine lebensfähige Landwirtschaft in einer leistungsfähigen Industriegesellschaft. Ich bitte Sie sehr, diesem Themenbereich in den kommenden Wochen Ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Arbeit der letzten vier Jahre, wenn ich das abschließend sagen darf, war schwer, aber sie hat Freude gemacht, weil sie getragen war von Initiative und Arbeitsfreude. Und Initiativen und Arbeitsfreude konnten sich entfalten auf dem Fundament von Loyalität und Solidarität.

Das Fundament ist Loyalität und Solidarität, worauf der Bundeskanzler und ich in gleicher Weise Wert legen. Denn keine menschliche Gemeinschaft — auch eine Fraktion und eine Partei nicht — können ohne Loyalität und Solidarität existieren. Lassen wir sie uns erhalten! Wir Bundestagsabgeordneten wollen nun mit Ihnen gemeinsam einen großen Wahlkampf führen, **und ich hoffe, daß die gesamte Union bis zum 25. Januar nur an ein Ziel denkt: den großen Sieg für die Union und für Deutschland.**

Zitate

„Zu den Zukunftsperspektiven unseres Landes gehört für mich, daß wir wieder ein besseres Verhältnis zur älteren Generation gewinnen.“ (Bundeskanzler Helmut Kohl)

„Wenn Rau das Schülerbafög wieder einführen will, begreift er nicht, was qualitative Sozialpolitik ist, dann ist er disqualifiziert. Oder er sagt bewußt die Unwahrheit . . . Das Schülerbafög haben wir nie beseitigt, sondern modifiziert. Wir halten es aber für zumutbar, daß ein 18jähriger Gymnasiast zu Hause wohnt, statt sich auf Kosten der Steuerzahler in der Stadt eine Bude zu nehmen, während über 100 000 junge Arbeiter arbeitslos sind.“

(Heiner Geißler)

„Da müht sich einer auf einer Versammlung eine Stunde ab und argumentiert für mehr Mitbestimmung, für eine andere Wirtschaftspolitik und gegen Sozialabbau, und dann steht einer in der letzten Reihe auf und ruft nur: ‚Neue Heimat‘ in den Saal. Dann ist alles gelaufen.“

(Der stellv. Sprecher der IG Metall, Schirmer)

„Ich bleibe auch in der katholischen Kirche, wenn ein Pfarrer den Zölibat bricht, und trete nicht aus.“

(Norbert Blüm, CDA-Vorsitzender)

Gerhard Stoltenberg:

Die Bürger akzeptieren die Parolen des Sozialneides nicht mehr

Bilanz und Ausblick haben die drei einleitenden Berichte gekennzeichnet: Bilanz über vier Jahre, den Weg, den wir zurückgelegt haben und der programmatische Ausblick sind auch bestimmd für alle Wahlveranstaltungen, die wir in diesen Wochen durchführen. Und das ist eine gute demokratische Tradition, weil wir alle ein Mandat auf Zeit haben und weil wir alle uns bei dem Souverän, dem Wähler, um ein neues Mandat bemühen.

Ich will auf einen Punkt aufmerksam machen, der sich auch im heutigen Pressebild niederschlägt: In der Wirtschafts-, der Finanz-, der Sozialpolitik haben wir in den letzten Monaten immer stärkere Zustimmung gefunden. Das ist ein manchmal mühsamer Weg gewesen. Sanieren ist immer eine schwierige Entscheidung. In einem notleidenden Unternehmen genauso wie in einer Volkswirtschaft oder in einem Land, das durch falsche Politik in die Krise geriet.

Das war vor allem auch eine schwierige Aufgabe für unsere Freunde in den Kreis- und Ortsverbänden. Wenn wir diese Politik schließlich zu einem wichtigen Erfolg bringen konnten, zunehmend auch anerkannt durch die öffentliche Meinung, durch die Bürger, dann war das nur möglich, weil unsere Mitglieder, unsere Anhänger auch in Zeiten, in denen dieses mühsam war, diese Politik gegenüber den Bürgern begründet haben.

Die Wirkungen dieser Erfolge spüren wir bei den Sozialdemokraten. Heute können Sie lesen, daß der Landesvorsitzende der

bayerischen Sozialdemokraten, Schöffberger, 48 Tage vor der Bundestagswahl die Genossen auffordert, ihre Sprache und ihre Argumente zu verändern. Schöffberger hat gesagt, die SPD solle aufhören mit den Parolen von der sogenannten „Neuen Armut“ Wahlkampf zu bestreiten, weil dies der Wirklichkeit und der Erfahrung der großen Mehrzahl der Bürger widerspreche, und er hat an seine Partei appelliert, aus der selbstgeschaffenen Scheinwelt herauszutreten.

Man braucht das nicht kommentieren, ich sage das ohne Schadenfreude, aber es zeigt, daß die Sozialdemokraten erkennen, daß zentrale demagogische Parolen des Sozialneids bei ihnen selbst unglaublich werden, weil die Menschen sie nicht mehr akzeptieren.

Wir haben ähnliche Töne auch in der sehr leidenschaftlich geführten Haushaltsdebatte vor zwei Wochen gehört. Da war noch einmal die Konfrontation in vollem Umfang da, wie es nicht anders sein konnte in den letzten wichtigen Debatten vor der Bundestagswahl. Aber zwei Sprecher der Sozialdemokraten und der Grünen haben in der kritischen Erörterung unserer finanz-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Bilanz plötzlich gesagt, wir hätten doch Glück gehabt. Auch dieser Vorbehalt, wir hätten doch Glück gehabt, ist entlarvend, denn wenn wir als Regierung Glück gehabt haben sollten, dann muß ja auch die große Mehrheit unserer Mitbürger ein gewisses Glücksgefühl bei den Ergebnissen dieser Politik verzeichnen.

Wenn wir diese Äußerungen unserer politischen Gegner auch mit einer gewissen Befriedigung registrieren, so will ich doch noch unterstreichen, was Helmut Kohl schon gesagt hat.

Wir haben keinen Grund zur Selbstzufriedenheit und Selbstgefälligkeit, weder mit Blick auf die Bundestagswahl noch im Hinblick auf die Aufgaben, die uns nach der Wahl gestellt sein werden.

Wir alle wissen, daß es in der aktuellen Bilanz neben Licht noch Schatten gibt: z. B. über 2 Millionen Arbeitslose. In manchen Regionen der Bundesrepublik Deutschland sind Wirtschaftssorgen und Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich stark. Daß es mit Hilfe unserer Politik möglich war, in den letzten zweieinhalb Jahren die Zahl der Arbeitsplätze um 600 000 zu vergrößern, ist ein eindrucksvoller Punkt. Aber zwei Millionen Arbeitslose bleiben eine große Herausforderung, genauso wie die erwähnten Strukturprobleme. Da gibt es die Sorgen unserer Bauern, die Sorgen im Ruhrgebiet, die Probleme im Schiffbau, um einige weitere Beispiele zu nennen. Deshalb ist es notwendig, daß wir den Weg konsequent fortsetzen müssen. Wir müssen die Gesundung unserer Volkswirtschaft, die Stabilität, eng verbunden mit der Steuer- und Finanzpolitik, auch in den kommenden Jahren als eine vorrangige Aufgabe erkennen, um die Probleme auf dem Arbeitsmarkt, die Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit zu meistern. Kurz: Wir wollen die Bundesrepublik langfristig zu einem modernen Land machen, in dem Menschen Arbeit finden und in dem die Sozialsysteme wieder verlässlich sind.

Wir haben die Fortschritte erzielt mit den Grundsätzen erneuerter Sozialer Marktwirtschaft. Wir sind für Wachstum in Stabilität mit einem strengeren ökologischen Ordnungsrahmen. Das scheint mir in die-

ser Situation auch programmatisch die Kernaussage Sozialer Marktwirtschaft mit Blick auf die neunziger Jahre zu sein. Wir sind keine Wachstumsfanatiker. Ich will daran erinnern, daß wir seit Monaten gehört haben, wir sollten eine expansive re Finanzpolitik betreiben, wir sollten mehr Gas geben. Wir sind dieser Aufforderung nicht gefolgt. Für uns ist es besser, ein maßvolles wirtschaftliches Wachstum mit Preisstabilität zu erreichen als ein oder zwei Prozent Wachstum mehr mit Inflation. Unsere Entscheidung ist hier vollkommen klar. Denn der große Erfolg in der Inflationsbekämpfung, in der Brechung der Inflationsmentalität, ist nicht nur ökonomisch bedeutsam, er ist auch die Grundlage dafür, daß soziale Politik für die breiten Schichten unseres Volkes wieder erfahrbar wird, daß nicht nur bei den Arbeitnehmern, sondern auch bei den Rentnern in diesem Jahr wieder eine spürbare Verbesserung der Kaufkraft erreicht wurde.

Dies darf kein einmaliger Vorgang zufällig in einem Wahljahr bleiben. Es muß die Grundlage unseres finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Handelns für die kommende Wahlperiode sein.

Aber meine Freunde, wenn wir die noch nicht gemeisterten Aufgaben betrachten, dann muß auch klar gesagt werden, daß in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung viele Verantwortung tragen. Die Art, wie Gewerkschaften und Arbeitgeber die kommende Tarifrunde verhandeln, die Ergebnisse, die sie erzielen werden, sind von entscheidender Bedeutung für die künftige Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung. Wir müssen deshalb vor der Wahl alle rechtzeitig auf ihre Verantwortung ansprechen, so zu verhandeln, daß mehr Arbeitsplätze entstehen und nicht Arbeitsplätze in strukturschwachen Bereichen bedroht werden; so zu verhandeln, daß Preisstabilität erhalten

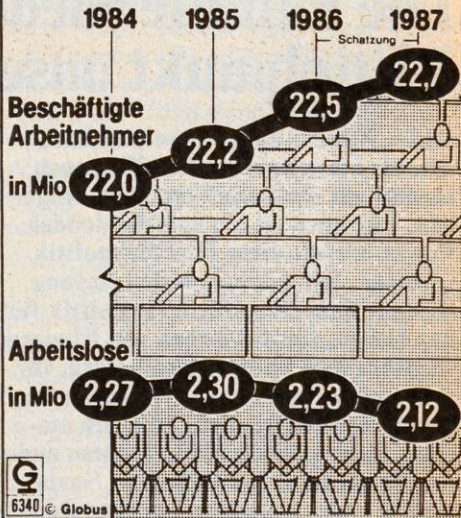
bleibt auch für diejenigen, die nicht durch eventuell überhöhte Abschlüsse dies kurzfristig kompensieren können, auch für diejenigen, die als Rentner, als Arbeitslose nicht an dieser direkten Verhandlung teilnehmen, aber ihre Wirkungen im Guten oder im Schlechten spüren.

Nun will ich als letztes sagen, wir haben die Einheit von Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftspolitik, vor allem Arbeitsmarktpolitik wiederhergestellt. Wir müssen die Voraussetzung für eine Steuerreform schaffen, die diesen Namen auch verdient. Dazu gehört auch in den kommenden Jahren Ausgabendisziplin. Das ist kein Selbstzweck. Die Steuerreform muß die berufliche Leistung der 25 Millionen schaffender Menschen stärker anerkennen. Sie soll die Berufstätigen mit Kindern weiter entlasten. Sie muß noch bessere Bedingungen für arbeitsplatzschaffende und sichernde private Investitionen gewährleisten; sie muß die Volkswirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit stärken. Das sind die Maßstäbe, an denen sich jedes steuerpolitische Konzept zu messen hat. Wer, wie die Sozialdemokraten, programmatisch erklärt, daß eine Absenkung der Steuerquote nicht in Frage kommt (Aussage des SPD-Wahlparteitages in Nürnberg), versperrt sich den Zugang zu einer Steuerreform, die den Erwartungen der arbeitenden Menschen, auch der über 20 Millionen Arbeitnehmern gerecht werden kann.

Meine lieben Freunde, am 25. Januar erfolgt eine Weichenstellung weit in die 90er Jahre hinein, deutlich über vier Jahre hinaus. Es wird entschieden, ob der Neubeginn, den wir mit Helmut Kohl begonnen haben, eine Episode in der Deutschen Nachkriegsgeschichte bleibt oder ob er eine Epoche trägt. Sorgen wir dafür, daß dies eine neue Epoche wird, einer schöpferischen Politik zum Wohle unseres Landes und seiner Bürger!

Bewegung am Arbeitsmarkt

in der Bundesrepublik Deutschland



Mehr Arbeitsplätze – weniger Arbeitslose

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland ist in Bewegung. Seit 1984 hat die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um rund eine halbe Million zugenommen. Und auch im kommenden Jahr ist mit einem weiteren Plus von etwa 200 000 zu rechnen – so die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten. Begleitet wird diese erfreuliche Entwicklung von einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen. 1985 waren noch 2,3 Millionen Männer und Frauen als Arbeitslose registriert; 1987 werden es aller Voraussicht nach 1 800 000 weniger sein. Daß die Zahl der Erwerbslosen nicht im gleichen Tempo abnimmt, mag zunächst überraschen. Der Grund dafür liegt darin, daß immer noch mehr jüngere Menschen ins Berufsleben drängen als ältere ausscheiden. Das heißt: Ein Großteil der neu geschaffenen Arbeitsplätze wird vom Berufsnachwuchs oder von Bewerbern aus der sogenannten stillen Reserve (also von nicht arbeitslos gemeldeten Arbeitssuchenden) beansprucht.

Statistische Angaben: Statistisches Bundesamt, Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute

Rita Süsmuth:

Die Familie wieder in den Mittelpunkt unserer Politik gestellt

In der Bilanz, die wir heute ziehen, möchte ich schwerpunktmäßig noch einmal auf die Familienpolitik eingehen. Für mich ist ein entscheidender Punkt, wo wir diese Familienpolitik verorten. Ich möchte an den Anfang stellen: Familienpolitik ist Politik für das Leben, für das Leben von Kindern, Müttern und Vätern, Großeltern, für das ungeborene Leben. Wenn wir uns diese Perspektive nicht zu eigen machen, dann können wir in keinem anderen Bereich der Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- oder sonstiger Leistungsbereiche weiterkommen. Denn die entscheidende Grundlage ist, wie Menschenleben erfahren, mit welchen Wertvorstellungen sie auf den Weg gebracht werden und wie sich Menschen entwickeln können.

An der Familienpolitik entscheidet sich, ob Solidarität ein leeres Wort ist, ob sie Schlagwort ist oder tatsächlich in der Familie eingeübt wird. Deswegen haben wir die Sanierungspolitik genutzt, um Spielraum zu schaffen für eine Familienpolitik, die Familien aus dem Abseits wieder in die Mitte holt.

Lassen Sie mich hier heute ausdrücklich allen Frauen danken, die in diesen Jahren und in vielen Jahren der Oppositionszeit an dieser Zukunftsfrage Entscheidendes eingebracht und vorgedacht haben und vieles im Verborgenen mitvorbereitet und durchgekämpft haben.

Über die Familienpolitik können wir sagen, daß wir mehr geleistet haben, als wir zu Anfang der Legislaturperiode verspro-

chen haben oder vielleicht uns auch vorstellen könnten, zu leisten. Ob es die Einführung des Erziehungsgeldes und des Erziehungsurlaubes ist, ob es die hervorragende bahnbrechende Leistung der Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht ist, ob es die sehr frühe Wiedereinführung des Kindergeldes für arbeitslose Familien ist oder der Durchbruch zu Freibeträgen im Steuersystem. Das Gesamtkonzept kann sich mehr als sehen lassen. Wenn uns heute Sozialdemokraten Lehren erteilen wollen, wie man eine Familienpolitik besser macht, dann muß ich sie fragen, wieso es erst in Nürnberg überhaupt zum Thema Familie wieder gekommen ist und warum sie dort so viel aus unserem Programm und Aktivitäten abgeschrieben haben, wo denn Familie in den 70er Jahren war. Wieviel Vertrauen ihr den überhaupt noch geschenkt wurde?

Und wenn weiterhin gesagt wird, wir führen wieder ein einheitliches Kindergeld ein. Jede Familie bekommt 100 Mark fürs erste Kind, 200 fürs zweite und 300 fürs dritte, dann beginne ich mal mit der Aussage, daß die SPD den Familien fürs erste Kind ganze 4 Mark gibt, denn 96 Mark haben die Familien schon heute. Das ist die großartige Leistung, die in Aussicht gestellt wird.

Ich wiederhole, was hier heute morgen gesagt wurde. Eine Gesellschaft, die sehr viele Leistungen in den Steuern anerkennt, aber die Leistungen für Familien nicht, die kann durch eine Sozialpolitik kaum wettmachen, was sie vorher den Familien nimmt. **Familien wollen keine so-**

zialen und sozial unterstützten Einrichtungen sein, sondern sie wollen in ihren Leistungen anerkannt sein und von daher wissen, was sie einer Gesellschaft wert sind. Und da können sie auf uns rechnen, daß wir sehr wohl wissen, daß eine Gesellschaft, die in das nächste Jahrhundert geführt werden will, sich verlassen können muß auf die Grundeinheit Familie. Auf den Zusammenhalt nicht nur zwischen zwei, sondern zwischen mehreren Generationen.

Wir sollten es nach draußen tragen, daß wir nicht nur die Familientätigkeit anerkannt, sondern die Mehrgenerationen-Familie wieder zum Gegenstand der Politik gemacht haben. Wir stehen an einem Scheidewege, wo sich entscheidet, ob ältere Menschen nach wie vor von Familienangehörigen gepflegt werden, ob Menschen füreinander da sind oder wir alle sagen, es gibt nur einen Weg, Erwerbsarbeit für Männer und Frauen, und alles andere muß von Institutionen abgedeckt werden. Für mich ist eine solche Gesellschaft eine Horrorgesellschaft, für die wir uns nicht hergeben sollten.

Weiteres ist wichtig, was wir nach außen tragen müssen. Daß wir an zwei Punkten nicht nur sozial, sondern menschlich sensibel gehandelt haben. Wir haben endlich den Graben zugeschüttet, der zwischen erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Frauen und Müttern allzulange aufgerissen war. Es gibt keine Zukunft mehr, in der wir die Frauen ungleich behandeln. Muttertätigkeit und Vattertätigkeit sind gleich zu bewerten, ganz gleich, wo jemand steht. Und ich füge ein weiteres hinzu. Diejenigen, die erklären, warum habt ihr noch etwas für die älteren Frauen getan, wir brauchen das Geld für die jüngeren, die mögen ja auf den ersten Blick was sehr Plausibles sagen. Aber es ist trotzdem sehr kurzsichtig. Die Bundesrepublik hat immer davon gelebt, daß die

Generationen zusammenhielten, daß die Jüngeren die Älteren und die Älteren die Jüngeren anerkannt haben. Hier gibt's keine Einbahnstraßen, und wenn wir diesen Zusammenhalt weiter festigen wollen, dann lassen wir jeder Generation Gerechtigkeit widerfahren. Wir haben trotz schwierigster Finanzlage auch hier einen Weg gewiesen, mit dem wir uns gegenwärtig und in Zukunft sehen lassen können.

Wir brauchen uns nicht in der Diskussion zu fürchten, wir hätten der älteren Frauen nicht gedacht. Ich frage, wie jung die älteren Frauen in den 70er Jahren waren und was denn da für sie geschehen ist, damit sie Gerechtigkeit erfahren konnten. Sind die jetzt erst alt geworden? Und lassen Sie sich auch nicht einreden, Steuerfreibeträge wären das Unsozialste, was es gibt. Es wird draußen nirgendwo gesagt, daß wir Einkommensgrenzen beim Kindergeld eingeführt haben. Das wir durchaus unterscheiden zwischen Zuwendungen für die Einkommensschwächeren und die Einkommensstärkeren.

Nur eins sei genauso klar gesagt. Wir wollen weder in der Familien- noch in der Frauenpolitik, noch in der Sozialpolitik eine Einheitsgesellschaft, wo alle Menschen nach einem staatlich vorgegebenen Muster zu leben habe. Insofern ist der 6-Stunden-Tag für Mann und Frau als Zukunftsvision im Irseer-Programm ein Trugschluß, was die Unterschiedlichkeit in den Lebenslagen und im Alltag der Menschen betrifft. Mehr Spielräume zu schaffen, erfordert eine kompliziertere Politik, aber auch eine gerechtere Politik. Wir werden uns solchen Einheitsmodellen nicht stellen.

Ich weiß, daß ich in unseren Reihen nicht immer nur auf Zustimmung treffe, wenn ich das Thema Frauen in den Vordergrund stelle. Aber ich muß Ihnen sagen, wir wollen keine Frauenpolitik als Interessenpoli-

tik gegen andere. Es geht uns um eine Frauenpolitik, bei der das Verbundsystem mit wem leben wir, mit Kindern, mit Männern, mit anderen Menschen, deutlich zum Tragen kommt. Nicht gegen die Interessen anderer Menschen verstoßen, sondern mit anderen Menschen leben lernen und dafür eine Politik zu betreiben, das ist unser Ziel. Ich möchte Ihnen heute noch mal sagen, daß es nicht unser Programm ist, Frauenpolitik gegen die Familienpolitik zu machen, sondern dieses Jahrhundert zu beenden mit der sicheren Einsicht, die beiden Welten müssen miteinander verbunden werden, und vielleicht gehen wir in dieser Legislaturperiode in die Geschichte ein als diejenigen, die nach einem Jahrhundert begriffen haben, daß es Arbeit in der Erwerbsgesellschaft, aber auch Arbeit außerhalb der Erwerbsgesellschaft gibt und daß wir diese neu zu bewerten haben. Wenn wir dies schaffen und in die Perspektiven unserer Politik hineinbringen, dann schaffen wir auch neue Arbeitszeitregelungen, entwickeln wir eine neue Phantasie im Bereich der Lebensarbeitszeit, so daß gerade Frauen ihre Qualitäten in den familiären und außerfamiliären Bereich einbringen.

Wenn ich oft kämpfe für mehr Frauen in der Politik, Seite an Seite mit anderen Frauen, dann geht es mir darum, daß wir die Zukunftsaufgaben nicht allein als Männer, sondern nur gemeinsam gestalten können. Wir wollen nicht Geschlechterkampf, sondern wirklich Partnerschaft. Sie alle wissen, daß es genügend Frauen mit sehr viel Sachverstand und Herz gibt, beteiligen Sie sie bitte an der Verantwortung. Lassen Sie draußen die Menschen wissen, daß wir mit einer Familienpolitik begonnen haben, die sie wieder in das Zentrum rückt. Daß Familien das Gefühl haben können, es lohnt sich, eine Familie zu gründen, und wir werden nicht im Stich gelassen.

Sie wissen aus unserem Wahlprogramm, daß wir die begonnene Politik weiterführen wollen im Rahmen der Finanzierungsmöglichkeiten, daß wir dabei Prioritäten setzen, sowohl was den Familienlastenausgleich wie das Erziehungsgeld betrifft. Ich kann Ihnen heute sagen, die Daten, die ich im Juni dieses Jahres über den Anstieg der Geburten vermittelt habe, sie halten auch in den Monaten Juli, August, September, Oktober und November an, wir werden also in diesem Jahr durchaus wieder eine Umkehr in der Geburtenentwicklung haben. Aber es wäre völlig verfehlt anzunehmen, dies sei schon eine stetige Entwicklung. Eine Gesellschaft wird arm, wird alt, wenn sie nicht von den Jüngsten immer wieder frische Lebensperspektiven bekommt. Deswegen ist in Familienpolitik investiertes Geld Zukunftspolitik. Keiner weiß besser als ich, daß dabei immer der wirtschaftliche Rahmen berücksichtigt werden muß. Aber Gelder, die in die Familie investiert worden sind, haben viele öffentliche Gelder einsparen geholfen, und vielleicht ist das auch eine sparsame Finanzpolitik.

Einmütiges Vertrauensvotum für Egon Klepsch

Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament hat ihren bisherigen Vorsitzenden, den deutschen CDU-Abgeordneten Egon A. Klepsch, am 4. Dezember 1986 einstimmig per Akklamation für die 2. Hälfte der Legislaturperiode wiedergewählt.

Egon Klepsch gehört dem Europäischen Parlament seit 1973 an. Er ist Mitglied des CDU-Präsidiums und Vizepräsident der Europäischen Volkspartei, der 14 christlich-demokratische und christlich-soziale Parteien aus den EG-Mitgliedstaaten angehören.

Norbert Blüm:

„Wir wollen nicht von Aussteigern ausgebeutet werden“

Liebe Parteifreunde, für eine gute Zukunft, so heißt ja das Motto, unter dem wir uns nicht nur heute versammelt haben. Ich denke, Zukunft gibt es allerdings nur auf dem Boden der Realität. Wenn das so ist, dann muß man noch einen Augenblick dabei verweilen, wie denn die Rampe für diese Zukunft aussieht. Illusionen können es nicht sein, sie sind Seifenblasen, funkelnd, faszinierend, aber nicht haltbar. Deshalb noch ein paar Bemerkungen zu dieser Rampe.

Als wir die Regierung übernommen haben, war unser Sozialstaat am Flattern. Wir hatten gar nicht die Wahl: Wende oder Nicht-Wende. Wir hatten nur die Wahl: **Wende oder Ende**. Als ich mein Amt übernommen habe, stand die Rentenversicherung vor der Zahlungsunfähigkeit. Wenn wir nichts gemacht hätten, wäre die gute alte Rentenversicherung im August 1983 zahlungsunfähig gewesen. Die Bundesanstalt für Arbeit, zuständig für die Arbeitslosenversicherung, hatte sieben Milliarden DM Schulden, als ich mein Amt antrat. Rote Zahlen! Für das nächste Jahr, für 1983, waren 14 Mrd. DM Defizit veranschlagt. Meine Damen und Herren, auch wer sich mit den Nullen nicht so genau auskennt, 14 Mrd. DM, das ist soviel, wie die ganze Kriegsopferversorgung kostet, und jetzt, vier Jahre danach, diskutieren wir mit den Sozialdemokraten über Überschüsse bei der Bundesanstalt. Das ist uns nicht geschenkt worden. Das war kein kopfloses Einsammeln. Wir haben gekürzt — das ist wahr —, **wen es schmerzt, mich**

schmerzt es auch, der soll sich bei den Verursachern beschweren, nicht bei mir. Ich kann ihm die Adresse sagen: **5300 Bonn, SPD-Parteivorstand, Erich-Ollenhauer-Haus**.

Wir haben doch nicht gespart, weil es uns Lust und Laune gemacht hat, glauben Sie, es gäbe für einen Sozialminister nichts Schöneres als Sparen? Wir haben gespart bei den Arbeitslosen ohne Kinder. Aber wir haben auch mehr Geld ausgegeben für die Langzeitarbeitslosen, für die älteren Arbeitslosen. Weil die Älteren die Sorgenkinder des Arbeitsmarktes sind. Sie sind es, die am längsten arbeitslos sind. Wir haben zwei Mrd. DM kürzen müssen, die Leistungsverbesserungen machen 3,4 Mrd. DM aus. Also reden wir nicht nur über kürzen, reden wir auch über gestalten. **Gerechtigkeit beginnt nicht erst auf der Ausgabenseite. Sie beginnt auch auf der Einnahmenseite. Wir sparen in der Sozialversicherung nicht für Herrn Flick, der bezahlt nämlich gar keinen Beitrag, wir zahlen für Millionen von Arbeitnehmern und deren Geldbeutel.**

Und ist das nicht ein Erfolg? Die größte Preisstabilität, die stärkste Preisstabilität seit 1951 — nach vier Jahren. Die größte reale Einkommensanhebung der Arbeitnehmer seit 1971. Die größte reale Rentenerhöhung — reale, nicht nominale — seit 1978. Ich gebe zu, daß dieses Wort Preisstabilität möglicherweise in seiner statistischen Terminologie gar nicht so übersetzt wird in der Erlebnisfähigkeit der Menschen.

Verteilungspolitiker haben es da leichter, die kassieren erst klammheimlich ein, ge-

ben es anschließend als Geschenkonkel zurück und wollen von denen, die es bezahlt haben, noch beklatscht werden. So ähnlich, als würden Sie an sich selber eine Zahlkarte schreiben, und der Briefträger würde von Ihnen erwarten, daß Sie sich bei ihm bedanken. Das ist die alte sozialdemokratische Umverteilungspolitik.

Nein, Preisstabilität bringt Kaufkraftgewinne. Für den Durchschnittsrentner hat die Preisstabilität seit 1982 so viel Kaufkraft gebracht, wie im Durchschnitt vier Monatsmieten. Eine Jahresrechnung für Strom und Heizung.

Stellen Sie sich vor, ich würde heute mich hier hinstellen und sagen, heute morgen hat die Bundesregierung beschlossen, im nächsten Jahr bekommen alle Rentner vier Monatsmieten von der Bundesregierung bezahlt. Sie könnten vor Begeisterung sich nicht mehr halten, sie können auch jetzt klatschen, denn die Preisstabilität hat dasselbe erreicht, vier Monatsmieten.

Aber ich teile die Ansicht, die heute morgen schon einmal vorgetragen wurde. Wir stehen hier nicht vor Ihnen fehlerfrei. Ich stehe auch nicht mit satter Selbstzufriedenheit bei über zwei Millionen Arbeitslosen da. Um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, müssen wir noch länger in der Regierung bleiben, da können wir nicht die Hände in den Schoß legen. Da muß gearbeitet werden. Das geschieht nicht von heute auf morgen. Berg runter, das weiß jedes Kind, geht es leichter als Berg hoch. Jeder Radfahrer weiß das, runter Freilauf, rauf strampeln. Wir müssen noch viel strampeln. Wenn ich von Vollbeschäftigung rede, denke ich nicht nur an die Jungen, Gesunden, Ausgebildeten, sondern an alle, die Behinderten, an die älteren Arbeitnehmer. Keine noch so hohe Unterstützung kann vergessen machen, daß jeder ein Recht hat, im Rahmen seiner Möglichkeiten sich seinen Le-

bensunterhalt zu verdienen. Auch der behinderte Mitbürger. Nirgendwo steht geschrieben, daß er weniger leisten könnte. Manchmal fehlt es nur an etwas Phantasie, einen Arbeitsplatz so einzurichten, daß auch einer, der ein Handicap hat, an ihm arbeiten kann.

Der Staat kann nicht alles. Arbeit für alle, das ist auch die Aufgabe der Unternehmer, der Betriebsräte, der Gewerkschaften. Wir liegen in der Jugendarbeitslosigkeit unter der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Ich sehe aber auch, und darauf wollte ich aufmerksam machen, die große Gefahr, daß wir auf dem Wege sind, die älteren Arbeitnehmer zu vergessen. Wir befinden uns auf dem Wege zu einer Gesellschaft mit einem Jugendtück. Sehen Sie sich einmal eine Stellenanzeige an: 30jähriger Chemiker gesucht, 40jähriger Angestellter gesucht, am besten 30jähriger Chemiker mit 40jähriger Berufserfahrung. Das wäre so ungefähr das Musterbild. **Ich kann nur sagen, hier bahnt sich Unbarmherzigkeit an. Und hier bahnt sich ein Verlust von Erfahrung an. Wir brauchen alle, wir brauchen die Jungen und wir brauchen die Erfahrung der Alten, auch in der Arbeitswelt.**

Das ist auch eine Frage der Qualifizierung. Qualifizierung meint nicht nur Lehrlingsausbildung, sondern Weiterbildung. Und Qualifizierung, auch das scheint mir ein zweites Mißverständnis zu sein, kann nicht nur bedeuten, Aufstiegsbildung. Als würde aus jedem Schlosser ein Ingenieur. Es muß auch bedeuten, daß man im erlernten Beruf auf der Höhe der Zeit bleiben kann. Und auch das ist mein Appell an die Unternehmer. Modernisierung der Wirtschaft kann nicht nur heißen, neue Maschinen anschaffen, sondern setzt auch voraus, daß die Arbeitnehmer diese Maschinen beherrschen können. Deshalb, Modernisierung heißt nicht nur technologische Erneuerung, sie

heißt Qualifikation, auch für die älteren Arbeitnehmer. Überlaßt das nicht Heinz Franke allein. Der Staat kann da nur Rahmenbedingungen schaffen. Das muß in den Betrieben passieren. Ein 50-jähriger soll in seiner vertrauten Umgebung auf der Höhe der Zeit bleiben. Und ich will auch noch einmal mein Bekenntnis zur beruflichen Bildung erneuern, sie hat ja schon an Ansehen gewonnen. **Wenn wir Chancengleichheit sagen, meine ich nicht nur die Gleichheit des Kindes eines Arbeiters mit dem eines Universitätsprofessors. Ich meine auch, daß derjenige, der mit der Hand die Welt begreift, genauso viel wert ist wie der Theoretiker. Schwielen auf den Händen ist ein Ehrentitel ebenso wie der Dokortitel auf dem Briefkopf. Auch das gehört zu einer neuen Wertschätzung.**

Und da kommen die Sozialdemokraten mit den alten Klamotten. 17 Beschäftigungsprogramme haben sie aufgelegt. 17mal war das umsonst, denn die Arbeitslosigkeit stieg. Woher die Sozialdemokraten eigentlich den Mut nehmen, ein 18. Mal das zu verlangen, was schon 17mal falsch war. Also eine Köchin, die 17mal die Suppe versalzen hat, die würde ich zum 18. Mal nicht an den Herd lassen. Und so ähnlich ist das auch mit der sozialdemokratischen Beschäftigung. Das sind alles Programme von gestern, die ihren Mißerfolg nachgewiesen haben. **Einen Geisterfahrer würde ich nicht zum Abschleppdienst abkommandieren und ein Rau, der 17mal das Falsche mitgemacht hat, eignet sich nicht zum Abschleppdienst für den Arbeitsmarkt.**

Ich will auch das Thema Rente hier ansprechen. Die schönste Rentenerhöhung nutzt nichts, wenn sie in Gefahr steht, übermorgen wieder einkassiert zu werden.

Das ist die wichtigste Mitteilung für die Rentner, daß die Rente wieder sicher ist.

Es ist wieder Geld in der Rentenkasse, das ist das ganze Geheimnis der Rentensicherheit. Denn da kann doch regieren, wer will, Arbeitsminister sein, wer will, wenn kein Geld in der Kasse ist, dann ist die Rentenversicherung gefährdet.

Und nach 13 Jahren Rückgang der Rücklagen haben wir jetzt wieder Aufbau. Wenn gefragt wird, wo ist die Rentenwende, ja, dann antworte ich: Die Rentenwende besteht darin, daß 13 Jahre die Rentenversicherung bergab ging und es jetzt wieder aufwärts geht. Das ist noch nicht alles, was wir brauchen. Wir brauchen auch eine Rentenreform. Die können wir jetzt durchführen ohne Zeitnot, ohne Hektik, mit Ruhe und Gelassenheit, und ich lade alle ein, dabei mitzumachen. Die Rentenversicherung ist wie keine andere Sozialversicherung auf Dauer angelegt, nicht auf eine, zwei oder drei Legislaturperioden. Deshalb sind alle eingeladen, auch die Sozialdemokraten, an diesem großen Werk mitzuarbeiten.

Ich will nur noch ein paar Zahlen zu den Kindererziehungszeiten sagen, da gibt es gar keinen Grund, den Rückwärtsgang einzulegen. 100 Jahre gibt es bereits die Rentenversicherung. 100 Jahre hat sie die Mütter und die Kinder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, obwohl doch die Kinder überhaupt erst die Voraussetzung sind, daß es übermorgen noch Rente gibt. Denn ohne Kinder heute gibt es morgen auch keine Beitragszahler. Das ist 100 Jahre Unrecht. Und mit dem haben wir Schluß gemacht. Ich gebe zu, daß wir das Ideal „alle auf einmal“ nicht verwirklichen konnten, aber so war das in der Sozialpolitik immer. Wer auf die Verwirklichung der Ideale wartet, wird meistens alt, stirbt und hat es nicht erlebt.

Nicht das Wünschbare, sondern das Mögliche muß heute gemacht werden. Das war immer die beste Aufgabe der So-

zialpolitik. Da gibt es dann eine Güterabwägung, fangen wir mit den Älteren an, oder fangen wir mit den Jüngeren an. Das ist eine ganz schwere Entscheidung. Für die Älteren spricht, daß sie ihre Kinder in schwerer Zeit erzogen haben. Ich weiß, was diese Generation geleistet hat. Das würde dafür sprechen, mit ihr zu beginnen. Doch überlegen wir einen Moment. Was sollen eigentlich Kindererziehungszeiten? Sie sollen bewirken, daß das Kind, dieses neugeborene Etwas, seine Mutter behalten kann, ganz, und daß sie nicht aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen ist, erwerbstätig zu bleiben. Wenn das der Grund ist, dann müssen wir mit den Jüngeren beginnen, damit die Kinder, die jetzt geboren werden, nicht ihre Eltern unter wirtschaftlichen Zwängen im ersten Jahr verlieren.

Und ich will auch jetzt hier voller Stolz die Zahl sagen: In diesen ersten zehn Monaten bis Oktober waren es 274 000 junge Frauen, die Kindererziehungszeiten in Anspruch nehmen konnten. In den letzten Wochen hat sich diese Zahl noch einmal um rd. 30 000 erhöht. 50 000 Frauen haben zum ersten Mal überhaupt Rente bezogen. Ohne Kindererziehungsjahre hätten sie nie Rente bezogen. Das sind nicht Worte, das sind Taten. Seit zehn Jahren reden die Sozialdemokraten über ein Babyjahr. Sie reden und reden. Manche Leute glauben, sie hätten es gemacht. Sie haben es gar nicht gemacht. Wir haben es gemacht.

Und jetzt holen wir in vier großen Schritten die Älteren rein. Und der erste Schritt sind schon 1,1 Millionen. Schon im nächsten Jahr. Im Jahre 1990 werden 5,3 Millionen Mütter Kindererziehungszeiten haben. Bis dahin wird es 10 Mrd. DM gekostet haben. Wie kommen mir da eigentlich Sozialdemokraten vor, die vom Abbau reden. Wir haben umgebaut. Ja, wenn es gilt, weniger Staat, da unterstütze ich Frau Süßmuth ganz, weil das unsere

Sozialpolitik ist. Wenn es weniger Staat heißt, kann es nicht heißen, mehr Einsamkeit, mehr Egoismus, kann es nicht heißen, jeder bleibt sich selbst überlassen. Dann heißt es aus meiner Sicht: **mehr Familie, mehr Nachbarschaft, und vielleicht ist die Neue Armut, von denen die Sozialdemokraten noch gar nichts gehört haben, weniger ein materieller Mangel, sondern mehr Einsamkeit, alte Leute, die vergessen wurden, Behinderte, die möglicherweise genug Unterstützung haben, nur niemand kümmert sich um sie.** Wir haben ein Defizit an Zuwendung und kein Staat mit Paragraphen und Bürokratien wird das beseitigen. Wenn es um Geborgenheit geht, wird der Staat nicht alles tun.

Und ich wende mich auch an meine Kolleginnen und Kollegen, hier am Ausgangspunkt des Wahlkampfes, **an die Arbeitnehmer. Haltet euch an den Spruch: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“. Es geht um ganz handfeste Sachen. Es geht um eine Industriegesellschaft, die wir uns erhalten wollen. Wir wollen nicht von Aussteigern ausgebeutet werden.**

Was wollt Ihr schon mit den Sozialdemokraten? Der eine schreit hü!, der andere schreit hott!, der eine sagt jö!, der andere sagt brr! Der Brandt hat den Rau auf den Bock gesetzt, anschließend die Gäule ausgeschirrt und reitet jetzt mit Lafontaine mit ihm ins Grüne. Und der Rau wundert sich, daß der Wagen stehenbleibt. Sie haben dir die Gäule gestohlen, lieber Johannes. Und guck, wer drauf sitzt.

Nein, wir lassen die Arbeitnehmer nicht im Stich. Wir haben die Stahlarbeiter nicht im Stich gelassen, die Bergleute ebenso wenig wie die Bauarbeiter. Wir werden auch die Werftarbeiter nicht im Stich lassen.

Deshalb laßt uns weitermachen. Nicht das Paradies versprechen, nicht zufrieden sein mit satter Selbstzufriedenheit. Aber vier Jahre lang einfach noch nicht. Wir brauchen noch ein paar Jahre dazu.

Manfred Wörner:

Wer den Frieden liebt, muß ihn auch verteidigen

Liebe Freunde, unsere Erfolgsbilanz in Fragen der Wirtschaft, der Sozial-, der Finanzpolitik ist eindrucksvoll. Aber nicht minder eindrucksvoll sind die Leistungen von Helmut Kohl und seiner Regierung auf dem Gebiet der Außen- und der Sicherheitspolitik. Wir wissen, Wahlkampf wird dominiert von Fragen der Wirtschafts- und der Finanzpolitik. Aber wir haben gar keinen Grund, unsere Leistungen auf dem Gebiet der Außen- und der Sicherheitspolitik zu verstecken.

Die größte Leistung von Helmut Kohl ist es, daß er unserem Volk die Freiheit bewahrt und den Frieden gefestigt hat in diesen vier Jahren, in denen er an der Regierung war. Wir haben die Bundeswehr stärker gemacht. Wir haben ihr Ansehen in der Öffentlichkeit verbessert. Wir haben ihr Selbstvertrauen zurückgegeben und das war enorm wichtig. Dann sollten wir auch nicht vergessen, wir haben dazu beigetragen, daß Bewegung in das Ost-West-Verhältnis kam. Wir haben die Friedendiskussion bestanden. Und schließlich haben wir das Gewicht der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik verstärkt.

Unser Ziel für die nächsten vier Jahre in der Außen- und Sicherheitspolitik ist ganz einfach zu umschreiben: wir wollen auch für die nächsten vier Jahre Sicherheit für unsere Bürger. Sicherheit einmal vor Krieg, dann aber auch Sicherheit vor Unfreiheit durch Druck, Erpressung und Einschüchterung. Wer sich einmal überlegt, wie wir dastünden ohne Sicherheit ange-

sichts einer Kampagne der Sowjetunion, die Sie im Augenblick erleben können, der weiß, wie wichtig Sicherheit ist.

Wir wollen diese Sicherheit vorrangig durch Abrüsten. Wir meinen es ernst mit unserem Motto „Frieden mit weniger Waffen“. Und wir haben dort, wo es mit unserer Sicherheit vereinbar war, Waffen sogar einseitig reduziert. Und ich frage mich, warum das nicht auch von unserer eigenen Partei im Wahlkampf mehr in die Waagschale geworfen wird. Wir haben nach der Reduzierung von 1 000 Nuklearwaffen noch einmal 1 400 Nuklearwaffen einseitig zur Reduzierung beschlossen. Die meisten davon sind weg. Wir haben keine nuklearen Sprengmittel, die sogenannten Atomminen mehr, auf unserem Territorium. Wenn das Helmut Schmidt gelungen wäre, hätte man ihn auf goldenen Schüsseln durch die Lande getragen. Helmut Kohl hat das möglich gemacht mit seiner Standfestigkeit auch im Bündnis.

Nie zuvor waren weniger Nuklearwaffen auf unserem Territorium in den letzten 20 Jahren als im Augenblick. Unsere Politik hat es doch zustandegebracht, daß heute weitergehende Abrüstungsvorschläge auf dem Tisch liegen. Das straft doch alle jene Lügen, die noch vor kurzem eine Eiszeit prophezeiten, die von einem Raketenzaun sprachen. Die davon sprachen, die Sowjets würden nie wieder an den Verhandlungstisch zurückkommen, wenn wir stationieren. Sogar vom kalten, oder gar heißen Krieg war die Rede. Das Gegenteil ist eingetreten. Und das nicht trotz, sondern wegen unserer Politik.

Weil der Bundeskanzler und die Bundesregierung festgeblieben sind. Weil wir den Doppelbeschluß umgesetzt haben. Weil stationiert wird. Weil das Bündnis seine Handlungsfähigkeit bewiesen hat, deswegen haben wir jetzt eine Chance zur Abrüstung.

Bundeskanzler Kohl und seine Regierung haben mehr für den Frieden, mehr für die Abrüstung getan als alle Protestler und die ganze SPD zusammen. Wir sind für die 50prozentige Verminderung strategischer Waffen. Wir sind für die weltweite Ächtung chemischer Waffen. Wir sind für die Nulllösung bei Mittelstreckenwaffen trotz der Probleme, die dabei auftauchen und die keiner leugnen kann. Dabei geht es nicht darum, die Nulllösung in Frage zu stellen oder gar sie zu blockieren. Daß wir darauf bestehen, in einer nächsten Verhandlungsphase die kürzeren Mittelstreckenwaffen einzubeziehen, hat ganz einfach etwas mit der Sicherheit unserer Bürger zu tun. Denn schließlich und endlich ist es den Bürgern wurscht, wie die Raketen heißen, die auf uns gerichtet sind, die unser Land, die Europa bedrohen. Deswegen muß auch bei kürzeren Mittelstreckenwaffen eine Verringerung stattfinden auf gleiche Obergrenzen. Und das ist nicht weniger, es ist mehr Abrüstung.

Es ist auch kein Beschluß zur Nachrichtung, wie der Herr Vogel am Samstag behauptet hat. Heute wird das Stichwort von Moskau aufgenommen. Der Herr Vogel sollte einmal darüber nachdenken, ob er weiterhin die Stichworte für die sowjetische Politik liefern will.

Die SPD gesteht den Sowjets ein Monopol bei SS 20-Raketen zu. Die SPD ist bereit, die sowjetische Überlegenheit bei kürzeren Mittelstreckenwaffen anzuerkennen. Sie ist in jedem Punkt sowjetischer als die Sowjets. Deswegen sage ich, die formalen Bekenntnisse der SPD zum

Bündnis nützen gar nichts, wenn ihre praktische Politik darauf hinausläuft, dieses Bündnis aktionsunfähig zu machen und seiner Strategie den Boden unter den Füßen zu entziehen.

Unsere Politik zielt jetzt darauf ab, zusammenzustehen im Bündnis, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen, das Bündnis zu kräftigen, die Verteidigung in Takt zu halten. Und dabei spielt die Bundeswehr eine ganz entscheidende Rolle. Es ist nicht zuletzt die Bundeswehr, die unser Gewicht im Bündnis und unser Gewicht nach Osten bestimmen. Die Bundeswehr ist die stärkste konventionelle Armee in Westeuropa. Ohne diese Bundeswehr gibt es keine Verteidigung Europas. Und ich sage, ohne die Soldaten und die zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr, hätte es keinen Frieden und keine Freiheit gegeben und wird es auch im nächsten Jahrzehnt weder Frieden noch Freiheit geben.

Deswegen verdienen sie unser Lob, unsere Anerkennung und unseren Dank. Und daher werden die Soldaten der Bundeswehr nicht versteckt. Unter meiner Verantwortung ist die Zahl der öffentlichen Gelöbnisse um das Dreifache gestiegen. Das sind Bürger aus unserer Mitte, die dafür sorgen, daß unser Volk frei und sicher leben kann. Das dürfen sie vor diesem Volk bekennen, dafür können sie hinstehen und sie können stolz und selbstbewußt darauf verweisen, daß sie diesen Dienst leisten.

Ich halte das für eine der entscheidenden Leistungen dieser Regierung, daß die Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit zur Bundeswehr steht. Wenn 50 Personen vor unseren oder amerikanischen Kasernen demonstrieren, sind die Medien zugegen. Wenn aber 40 000 Menschen an einem „Tag der offenen Tür“ eine unserer Kasernen, einen unserer Standorte besuchen, dann frage ich mich manchmal, warum ist da nicht ab und zu

wenigstens eine Kamera des Fernsehens dabei.

Wir haben im Augenblick wahrscheinlich die beste Generation junger Wehrpflichtiger, die wir je in der Bundeswehr hatten. Sie sind leistungsbereit. Sie wollen nur zwei Dinge. Sie wollen anständig geführt und gefordert werden. Aber wenn sie das werden, dann sind sie bereit, etwas zu bringen und deswegen sollten wir dieser jungen Generation Lob zollen und sie nicht in die Ecke stellen und zu Unrecht auf sie schimpfen.

Wir haben die Grundlagen gelegt um die Bundeswehr auch in den 90er Jahren einsatzbereit zu halten. Dafür waren unpopuläre Entscheidungen erforderlich, unter anderem die Wehrpflichtverlängerung. Wir haben das bewußt vor den Wahlen getan. Ich weiß, daß manche unserer Parteifreunde sich selbst und manche auch mich gefragt haben: Mußte das denn vor den Wahlen sein? Jawohl, es mußte vor den Wahlen sein. Und es spricht für unser Volk, daß diese Frage im Wahlkampf keine Rolle mehr spielt, trotz einiger Versuche der SPD, es in Frage zu stellen. Unser Volk ist bereit, auch Lasten für seine Verteidigung auf sich zu nehmen, wenn es den Sinn dieser Maßnahme einsieht.

Keine Regierung seit Adenauer, kein Bundeskanzler seit Adenauer hat so viel Mut und Durchsetzungsvermögen in Fragen der Sicherheit und der Verteidigung bewiesen wie Helmut Kohl und seine Regierung.

Das möchte ich hier einmal festhalten. Ich schließe an ein persönliches Wort des Dankes an den Bundeskanzler. Ohne seine Rückendeckung und ohne seine Standfestigkeit hätte ich niemals diese vielen zum Teil sehr unpopulären Maßnahmen durchsetzen können, die sich heute und morgen noch mehr so segensreich für unsere Verteidigung auswirken.

Die SPD setzt auf falsche Popularitätsscherei. Sie will die Verpflichtungsverlängerung rückgängig machen, sie will die Verteidigungsausgaben kürzen, sie will die Bundeswehr zahlenmäßig verringern, sie will weiterkadern und denkt an milizartige Strukturen. Meine lieben Parteifreunde, man kann mit einer Neuauflage des Volkssturms die sowjetischen Panzermassen nicht in Schach halten. Eine weitere Folge wäre, daß unsere Verbündeten ihre eigenen Anstrengungen vermindern würden. Gehen Sie einmal nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Da ist ohnehin schon der Ruf laut, die Europäer würden nicht genügend für ihre Sicherheit tun. Wenn wir die Bundeswehr verringern, wenn wir die Bundeswehr schwächen, dann werden die Amerikaner, die Briten und die Franzosen nicht länger in der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Deswegen kann man einer Partei, die wie die SPD die vitalen Verteidigungsinteressen der Bundesrepublik Deutschland mit Füßen tritt, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nicht anvertrauen. Das Sicherheitskonzept der SPD ist falsch und es ist gefährlich. Es ist falsch, weil es die Ursachen des Ost-West-Gegensatzes leugnet und unterschlägt.

Die Ursachen des Ost-West-Gegensatzes sind nicht Soldaten, sind nicht Waffen, sondern die entscheidende Ursache bleibt der Unterschied zwischen Freiheit und Unfreiheit. Lassen wir es nicht zu, daß die Friedensdiskussion draußen im Land immer mehr geführt wird unter Weglassen der Frage der Freiheit und der Menschenrechte.

Frieden und Freiheit gehören zusammen. Das ist der entscheidende Punkt der Kritik. Nebst allen praktischen Fragen, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben bei der SPD. Ihr ganzes Konzept ist falsch. Das Konzept der Sicherheitspartnerschaft mit dem Osten.

Walter Wallmann:

Wir müssen Vorsorge treffen, daß Schäden gar nicht erst entstehen

Ich möchte einige Bemerkungen zur Umweltpolitik machen und mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen beginnen, weil ich klarmachen möchte, daß es in diesem wichtigen Felde der Politik natürlich nicht nur um gesetzgeberische Maßnahmen und Verordnungen geht, um technokratisches Handeln, sondern um den Schutz unserer Umwelt und der Natur. Das hat auch etwas zu tun mit unserem ganz grundsätzlichen politischen Selbstverständnis. Wenn wir so wollen, hat dies etwas zu tun mit unserem Menschen — und mit unserem Weltbild.

Umwelt und Natur sind uns geschenkt und stehen nicht zu unserer beliebigen Verfügung. Wir haben in Verantwortung zu handeln gegenüber unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern und auch gegenüber denjenigen, die nach uns kommen.

Sicherheitspartner kann nur sein, wer mit uns gemeinsam unsere Werte und unsere Lebensordnung verteidigt. Unsere Sicherheitspartner sind die freien Staaten des Westens, an der Spitze die Vereinigten Staaten von Amerika. Solange die Sowjetunion diese Wertordnung, diese unsere Lebensordnung bedroht, solange sie unsere Sicherheit bedroht, kann sie nicht unser Sicherheitspartner sein, obwohl wir zum Ausgleich mit ihr bereit sind und bereit bleiben. Allerdings auf dem festen Boden des Bündnisses.

Nur so lange amerikanische Soldaten Seite an Seite mit unseren Soldaten mit britischen und französischen, mit belgischen,

Wir haben die Konsequenzen unseres Handelns mitzubedenken, gerade in der Umweltpolitik. Und die reichen weiter als jemals zuvor. Spätestens seit Tschernobyl wissen wir dieses. Wir haben die Folgen zu bedenken, und wir dürfen nicht alles tun, was wir heute aufgrund wissenschaftlicher Einsicht, technischer Möglichkeiten tun können. Die Industrialisierung hat unsere Welt verändert, immer schneller, immer rasanter, immer tiefgreifender. Deswegen hat unser Bundeskanzler Fragen der Umwelt, Fragen des Naturschutzes in den Mittelpunkt seiner Politik, seines Kabinetts, der Union gestellt.

Wir haben keinen Anlaß, selbstgerecht zu sein. Wir haben keinen Anlaß, uns bequem zurückzulehnen. Aber wir dürfen in aller Zurückhaltung feststellen: Wir haben die höchsten Standards in der Welt

holländischen und kanadischen Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland stehen, weiß die Sowjetunion, daß ein Angriff keinen Sinn macht. Daher sind alle jene Vorschläge der SPD Gift, die zu einem Abzug der Amerikaner aus der Bundesrepublik Deutschland und Europa führen müssen. Und ich sage, aus diesem Grund hat die kommende Wahl schicksalhaften Charakter für unser Vaterland. Der Weg der SPD führt in die Unsicherheit.

Unsere Politik führt zu mehr Sicherheit. Freiheit gibt es nicht zum Nulltarif. Wer den Frieden liebt, muß bereit sein, ihn auch in Zukunft zu verteidigen.

in allen Angelegenheiten des Umweltschutzes. Es gibt kein anderes Land, das auf eine derartige Leistungsbilanz hinweisen kann.

Ob es sich um die Reinhaltung von Gewässern, von Luft oder von Boden handelt, diese Regierung hat entschieden, und sie hat sich durchgesetzt.

Wenn es vielleicht in den vergangenen Jahrzehnten, vielleicht in den vergangenen 100 Jahren vor allem darum gegangen ist, die Menschen zu versorgen mit allen möglichen Infrastrukturen, so stehen wir heute vor neuen Herausforderungen. Wir haben Vorsorge zu treffen. Wir haben zu entsorgen. Wir haben dafür Sorge zu tragen, daß möglichst Schäden überhaupt nicht entstehen.

Der Bundeskanzler, Heiner Geißler, Alfred Dregger haben schon auf die großen Leistungen etwa mit der Großfeuerungsanlagenverordnung, mit der technischen Anleitung Luft hingewiesen. Wir haben viel, viel mehr geleistet: Abfallgesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Bundesnaturschutzgesetz, Schadstoffverordnung, Pflanzenschutzmittelgesetz.

Ich finde, wir müßten in den Diskussionen draußen mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern auch darüber sprechen. Wir müssen auch deutlich machen, daß diejenigen, die heute die größten Forderungen stellen, in 13 Jahren nicht einmal an Zielvorstellungen das formuliert haben, was in den zurückliegenden vier Jahren für die Umwelt, für die Natur von dieser Regierung geleistet worden ist.

Es ist in dieser Bundesrepublik Deutschland etwas verändert worden. Eine neue Qualität in der Umwelt ist jetzt bereits erkennbar, ist greifbar. Ich sage noch einmal: überhaupt kein Anlaß, deswegen selbstgerecht zu werden. Nur wir wollen auch dieses ganz deutlich sagen: Wir lassen uns nicht opportunistisch gehen. Wir laufen nicht jedem Modetrend hinterher,

und wir wehren uns dagegen, daß es von Monat zu Monat den jeweiligen „Schadstoff des Monats“ gibt. Wir wollen nicht zulassen, daß über Waldschäden und Waldsterben plötzlich nicht mehr geredet wird, weil es nicht mehr opportun ist, sondern die Herausforderungen, die Fragen, sie dauern doch an. Rund 57 Prozent der Stickoxide, die ausgestoßen werden, kommen von den Kraftfahrzeugen. Also ist es entscheidend, daß wir den Katalysator durchsetzen und verbleites Normalbenzin verbieten. Hier sind wir ein gutes Stück vorangekommen. 50 Prozent aller Belastungen, die wir hier in der Bundesrepublik Deutschland haben, kommen aus dem Ausland zu uns, und in dem Umfange, wie wir mit unseren Maßnahmen bei uns Immissionen reduzieren, tun wir nicht nur etwas für die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch für die Nachbarstaaten und nicht nur im Westen, auch im Osten. Heute genau vor drei Wochen, haben wir es auf der Umweltministerkonferenz geschafft, daß uns innerhalb der EG ein nationaler Alleingang erlaubt werden soll. Damit sind wir auf dem richtigen Wege erheblich vorangekommen.

Diese Umweltpolitik ist ja nicht nur zu formulieren gewesen, sie mußte auch durchgesetzt werden, zum Teil gegen leidenschaftlichen Widerstand. Ich erwähne es hier ganz bewußt: Ein Widerstand etwa, der von vielen Unternehmungen gekommen ist, als uns gesagt worden ist, dieses ist nicht finanzierbar; 50 Mrd. Mark allein an Investitionen für die Luftreinhaltepolitik verlangen wir den Unternehmungen ab. Viele haben gesagt: Dann sind wir nicht mehr konkurrenzfähig. Ich füge hinzu, mit dieser Politik, die wir durchsetzen, verbessern wir zugleich die Infrastruktur unserer Industrie und die Produktionsverfahren. Dadurch haben wir nicht nur den Vorteil für unsere Um-

welt, für die Menschen, für ihre Gesundheit, sondern zugleich auch ökonomische Vorteile.

Und der Katalysator! Wie ist er verspottet worden! Wie ist uns erklärt worden, daß es nicht machbar, nicht durchsetzbar ist! Ich will die jüngsten Zahlen nennen: **Im November sind es nahezu 70 Prozent Neuzulassungen schadstoffarmer Autos. Ich will erwähnen, daß wir vom Oktober 1985 bis zum Oktober 1986 bei den Neuzulassungen eine Verfünfachung des Absatzes an Katalysatorfahrzeugen festzustellen haben. Vom Oktober zum November d. Jahres hat der Absatz an Katalysatorfahrzeugen um 20 Prozent zugenommen. An unverbleitem Benzin von 2 Prozent im Januar dieses Jahres sind wir inzwischen bei 24,1 Prozent gelandet.**

Ich will aus aktuellem Anlaß sagen, daß wir auch in den Gewässern deutliche Reduzierungen haben. Alleine die organischen Belastungen des Rheins sind in den vergangenen Jahren um 90 Prozent zurückgegangen. Auch dieses gehört zum Bild. Mit Schwermetallen um 50 Prozent. Dieses alles steht unter der großen Überschrift, Vorsorge zu treffen, Schäden überhaupt nicht erst entstehen zu lassen. Wir wollen keine Reparaturgesellschaft, sondern wir wollen eine Gesellschaft, die Rücksicht nimmt, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist.

Gesetze, die wir übernommen haben, gerade im Umweltbereich, Gesetze aus der Zeit der Regierung Schmidt sind unzulänglich. Ich will als Beispiel hinweisen auf das, was wir bei der Verschmutzung des Rheins erlebt haben. Die Störfallverordnung ist unzulänglich. Wir werden sie konkretisieren. Wir werden die Schadstofflisten ausweiten. Wir werden die Stoffe, die von besonderer Gefährlichkeit sind, verbieten. Wir werden dort, wo besondere Gefahren sind, von der Industrie geschlossene Kühlkreisläufe verlangen.

Wir werden dies gesetzgeberisch vorschreiben. Wir wollen Sensoren haben, damit wir sofort wissen, wenn es irgendwo zu einem Zwischenfall kommt, wenn irgendwelche Schadstoffe austreten. Wir wollen sofort wissen, wo dieses geschehen ist, was geschehen ist, damit sofort dagegen gehandelt werden kann. Wir werden die Überwachung in den Werken verstärken und verschärfen, weil dieses im Interesse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger liegt.

Vieles steht noch vor uns. Umweltpolitik und Naturschutz sind ein wichtiges, ein zentrales Anliegen auch für die kommende Zeit. Wir müssen sorgsamer abwägen, die Folgen mitbedenken, gerade in der Umweltpolitik, mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Ich bin der festen Überzeugung, auch diese große Herausforderung werden wir Schritt um Schritt bewältigen.

Zitat

„Die Neue Armut“

Der bayrische SPD-Landesvorsitzende Schöfberger kritisierte am 6. Dezember 1986 auf einem „kleinen Parteitag“ in Schwabach den Slogan von der „Neuen Armut“. Man müsse fragen, was passiert, „wenn wir rund um das Münchner Oktoberfest auf unseren Plakaten vor der Neuen Armut warnen, und drinnen in den Bierzelten saufen und fressen sieben Millionen Durchschnittsverdiener“. Nach seinen Worten sind die Sozialdemokraten „in der Gefahr, in einer selbstgestrickten Scheinwelt Politik zu machen“. Wer davon rede, daß er die „Besserverdienenden“ abkassieren wolle, müsse wissen, daß sich über die Hälfte der Bürger selbst als „Besserverdienende“ einstufen.

(Aus „Rheinische Post“ vom 8. 12. 1986)

Heinz Riesenhuber:

Forschung und Technik sind international wieder an der Spitze

In unserem Zukunftsmanifest, aber auch in der gesamten Diskussion dieser Legislaturperiode standen Forschung und Technik, die Entwicklung der Wissenschaft, im Mittelpunkt. Wir gehen davon aus, daß in einer Welt, die sich wandelt, unsere Zukunft nur zu begründen ist aus der besten Wissenschaft und Technik, in der Konkurrenz zwischen den Völkern auf den Weltmärkten, mit der Pflicht, aus Forschung und Technik eine neue Gesellschaft mit menschlichem Gesicht zu begründen.

Forschung und Technik sind für uns nicht Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Wohlstand allein, sondern die Bedingung dafür, daß wir in einer begrenzten Welt Probleme lösen und diese Welt menschlich gestalten. Unsere Wissenschaft hat in den letzten Jahren in vielen wichtigen Bereichen international den Durchbruch zur Spitze wieder geschafft. Da reden wir nicht vor allem davon, was die Verdienste des Staates sind.

Der Staat ist nicht kreativ, er soll verlässlich sein. Er soll Freiräume so schaffen, daß Wissenschaft und Wirtschaft aus ihrer Verantwortung die besten Leistungen vollbringen können und das war die Grundlage unserer Politik in diesen Jahren.

Die Förderung der Grundlagenforschung lag im Haushalt des Forschungsministers immer bei etwa einem Viertel. Wir haben sie Jahr für Jahr gesteigert. Wir liegen jetzt über 36 Prozent und dabei werden wir bleiben, weil wir die bestmöglichen Voraussetzungen für unsere besten Wis-

senschaftler schaffen müssen. Dies haben wir im finanziellen Bereich getan. Wir haben Großprojekte von der Meeresforschung bis zur Grundlagenforschung aufgegriffen. Wir haben neue Projekte angelegt in ganz unterschiedlichen Bereichen in enger Zusammenarbeit mit der Universität. Wir haben die Bürokratien zurückgeführt in Max-Planck-Gesellschaft und Großforschungseinrichtung.

Der Staat soll sich nicht vor allem überlegen, wie er Forschung steuern kann, sondern er soll sich überlegen, wie er Wissenschaft so wenig wie möglich bei der Arbeit stört, daraus entsteht das Neue und nur daraus.

Wir haben immer gelebt von der engen und exzellenten Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und daraus unsere Zukunft begründet. Wenn wir Programme anlegen zur Verbundforschung, zur Auftragsforschung, zur Förderung mittelständischer Unternehmen, die mit Professoren zusammenarbeiten, dann ist das, was wir tun, ein Signal, nicht etwa eine Förderung zur Dauer. Es soll zeigen, wir brauchen diese Zusammenarbeit. Wenn wir sehen, wie die neuen Techniken im Mittelstand aufgegriffen worden sind, mit wachsendem Tempo, mit einer Neugründung von Unternehmen, mit einem Wachsen der Forschungskapazität, mit einem Wachsen der Investitionen in neue Anlagen, mit einer wachsenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit, so haben wir hier an einigen Stellen Anstoß gegeben.

Aber die entscheidende Änderung ist nicht die Änderung der volkswirtschaftli-

chen Zahlen. Die eigentliche Änderung ist in dem Geiste, in dem Menschen an die Probleme herangegangen sind im Wissen, daß es auf sie und nur auf sie ankommt und daß der Staat versucht, die besten möglichen Rahmenbedingungen zu schaffen, nicht aber versucht, sie zu gängeln in einer vorausschauenden Investitionslenkung ihnen reinzureden und sie zu stören.

Wir haben in der gesamten Wirtschaft die Forschungsförderung Schritt für Schritt und vehement zurückgefahren. Sie war bei fast 60 Prozent. Sie ist jetzt noch bei etwas über 40 Prozent. Weil wir glauben, daß die beste Finanzierung der Forschung von den Erlösen der Unternehmen selbst kommt.

Wir können bei Spitzentechniken helfen. Wir können dem Mittelstand helfen, den Sprung in die neuen Techniken zu schaffen. Aber es darf nicht so sein, daß die Gefahr entsteht, daß man sich auf diesen Techniken und den Hilfen ausruht. Man muß wissen, sie sind eine Überbrückungshilfe, ein Anstoß. Wer sich auf den Lorbeeren ausruht, die er erreicht hat, der trägt sie am falschen Körperteil.

Vor vier Jahren auf den Messen sprachen die Mittelständler von den neuen Produkten der Japaner; heute sprechen sie davon, was sie selber bringen. Heute reden sie davon, sie seien mit diesem Verfahren, mit diesem Gerät die besten. Ob dies wahr ist, wird sich zeigen.

Wir haben neue Chancen für den Nachwuchs geschaffen. Nicht vor allem dazu, daß wir hunderte von Stellen für den Nachwuchs in der Wissenschaft, in der Forschung geschaffen haben, sondern dadurch, daß wir Schwung reingebracht haben durch die Gesamtheit unserer Politik. Die Wirtschaft hat in den letzten Jahren, in denen wir die Forschungsförderung zurückgefahren haben, ständig neu eingestellt, überproportional. Sie hat innerhalb

von drei Jahren ihre Forschungsaufwendungen um mehr als 35 Prozent vergrößert, weil sie weiß, es kommt auf sie an. Und weil sie die Verantwortung nicht abgibt an den Staat. Dies aber ist nur die eine Hälfte.

Die zweite Hälfte ist die Tatsache, daß das, was an Neuem kommt, auch eine neue Kategorie des Risikos in unsere Welt bringen kann: Mikroelektronik! Das sind neue Märkte mit rapidem Wachstum; Problemlösungen, Biotechnologie; von der Bekämpfung von Krankheiten über die Bekämpfung von Umweltbeschädigung, über die Möglichkeiten, Pflanzen zu züchten, die in der Sahelzone überleben. Über die Möglichkeit Probleme zu lösen, gegenüber denen wir hilflos gewesen sind. Die Aufgabe des Staates ist es hier, das rechtzeitig zu begreifen, damit die Gefahren erkannt werden. Es geht nicht darum, mit großartigen sozialen Akzeptanzmechanismen die Leute zu überreden, neue Technik zu akzeptieren. Es geht darum, die Probleme zu lösen, so daß Vertrauen sich begründen kann in der Sache.

Probleme werden nur gelöst aus der Sache, Vertrauen entsteht nur dann, wenn wir die Menschen mit ihren Ängsten und Sorgen ernstnehmen, aufgreifen, was sie an Problemen reinbringen, dann aber auch aus unserem besten Wissen entscheiden und die Entscheidung so durchhalten, daß klare Rahmenbedingungen für die Arbeit gesetzt sind. Nur dann kann der einzelne in seiner jeweiligen Verantwortung seine Arbeit tun. Nicht die punktuellen Lösungen, nicht der Glaube, der gute Wille an einer einzelnen Stelle löst das Problem, nur die Bereitschaft, die Komplexität der Wirklichkeit in einer sorgsam, beharrlichen und verantwortlichen Arbeit aufzuarbeiten über die Grenzen der einzelnen Fächer hinaus.

So haben wir es gemacht bei Luft und bei Wasser, bei den Meeren und ihrer gefährdeten Ökologie. So haben wir es gemacht im Verständnis des Bodens, bei der Zerstörung unserer Baudenkmäler. Wir müssen von Grund auf begreifen, was geschieht, und dies frühzeitig. Beim Wald heißt dies, wir können nicht abwarten, bis wir alles sicher wissen. Wir müssen dann entscheiden, wenn wir es einigermaßen sicher begründet haben, sonst haben wir am Schluß eine perfekte Wissenschaft, aber wir haben keinen Wald mehr und deshalb haben wir die Entschwedelung der Kraftwerke beschlossen.

Wir haben dies bei der Sicherheit der Gentechnologie gemacht, bei der Frage des Umgangs mit menschlichem Erbgut. Hier eröffnen sich große Chancen. Wir können die Erbkrankheiten angehen. Aber es werden auch Grenzen sichtbar. **Ich bin voll Leidenschaft für die Freiheit der Wissenschaft, aber sie findet dort ihre Grenze, wo die Würde des Menschen berührt wird und es ist Aufgabe des Staates, diese rechtzeitig zu setzen.**

Dies weiß der Staat nicht aus sich. Der Staat ist nicht die Quelle der Moral, die Quelle der Sittlichkeit. Aber der Staat muß in ein umfassendes Gespräch eintreten mit den Menschen, ihnen zuhören. Die Politik mit der Wissenschaft, aber auch die Wissenschaft untereinander. Das ist nicht mehr unserem Land gemäß, daß wir zwei Kulturen haben, eine geisteswissenschaftliche und eine naturwissenschaftliche, die einander mit Kräften verachten. Nur dann, wenn sie miteinander eintreten in ein vernünftiges Gespräch, wenn uns die Naturwissenschaftler sagen, was wir können und was wir können werden, wenn uns die Geisteswissenschaftler sagen, was wir dürfen, nur dann entsteht der Blick aufs Ganze so, daß verantwortliches politisches Entscheiden möglich ist, aus einem vernünftigen

Umgang mit der Sache, der etwas grundsätzlich anderes ist, als eine technokratische Eigendynamik, ein Hurratriotismus gegenüber dem Neuen.

Es gibt Leute, die sagen die neue Technik sei teils gut teils schwierig. Da kommt es nicht darauf an, daß man in blindem Hurratriotismus davon redet, wie diese wohl durchsetzbar sei. Da kommt es darauf an, daß wir ihre Chancen rechtzeitig und mit Augenmaß erkennen, sie nach Kräften fördern und entwickeln, daß wir aber auch mit Sensibilität und Verstand die Gefährdungen unserer Welt, auch unseres Verständnisses vom Menschen selbst erkennen und daraus erst eine umfassende Politik anlegen, die in der Sache dem Menschen gerecht wird und von den Menschen angenommen werden kann.

Wenn wir sehen, wo in den letzten Jahren die Arbeitsplätze zugewonnen worden sind, dort nämlich, wo die neuen Techniken eingesetzt wurden, und wenn wir wissen, daß weit über 80 Prozent der Arbeitsplätze, die wir verloren haben, dort verloren gegangen sind, wo neue Techniken nicht eingesetzt worden sind oder nicht eingesetzt werden konnten, dann haben wir allerdings die Gesamtheit der Sicht auf die Wirklichkeit. Es kommt nicht nur darauf an, dies am grünen Tisch der Volkswirtschaft zu entwickeln. Deshalb haben wir die Gespräche geführt.

Unsere Aufgabe besteht darin, die Ängste der Menschen ernst zu nehmen. Aber der Inhalt unserer Entscheidung darf nicht von den Ängsten allein bestimmt werden. Sie sollen sensibel machen für das Problem. Ein evangelischer Theologe hat darauf hingewiesen: Angst hat eine Gefahr. Sie läßt uns nicht mehr den Unterschied zwischen Gut und Böse erkennen. Zu wissen, daß wir unsere Entscheidungen nicht von der Angst diktieren lassen dürfen, daß sie in der Sache begründet sein müssen, dies allein ist

die Voraussetzung, nicht vor dem Neuen zu kneifen, sich wegzuducken, sondern es zu gestalten.

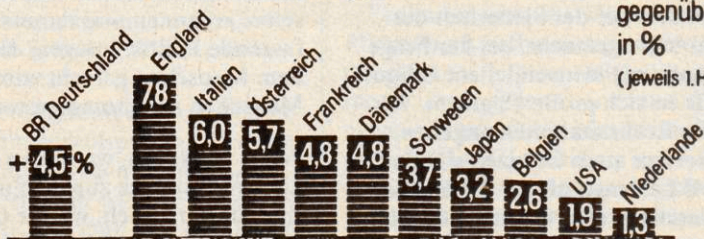
Unsere Aufgabe besteht darin, erfolgreich zu sein auf den Märkten, aber auch eine Welt zu gestalten, in der wir gerne leben und arbeiten. In der die Menschen aus Freiheit und Verantwortung unsere Zukunft gestalten, indem sie nicht aus den Vorschriften des Staates und seinen Verordnungsnetzen, sondern aus eigener Entscheidung den Raum für ihr eigenes

Glück finden und damit den Beitrag leisten können, der unsere Zukunft sichert in einer Welt, die an Menschlichkeit zuzugewinnen hat.

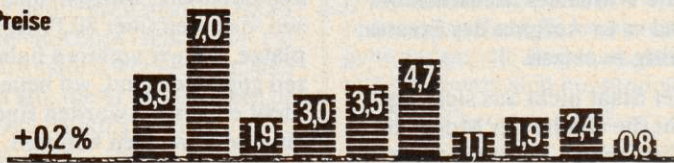
Wir können die nur dann bewältigen, wenn wir mit Mut und Verantwortlichkeit herangehen. Nicht, wenn wir an einzelnen Stellen jeweils aussteigen. Nur dann, wenn wir versuchen, der Sache gerecht zu werden, und dem, was wir in der 2000jährigen Geschichte des Abendlandes als sittliche Grundwerte begründet haben.

Wie Lohnerhöhungen lohnen

So stiegen die Löhne in der Industrie ...

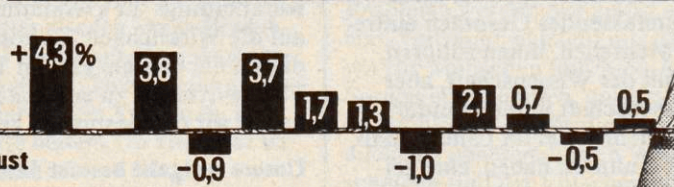


... und so die Preise



Ergebnis: Kaufkraftgewinn ...

... oder -verlust



Was zählt, ist die Kaufkraft

Lohnerhöhungen bringen überhaupt nichts, wenn die Preise einen Strich durch die Rechnung machen. Davon wissen zumal die Italiener ein Lied zu singen. Auf dem Papier sieht ihr Lohnplus von sechs Prozent gegenüber 1985 stattlich aus; aber da die Preise im gleichen Zeitraum um sieben Prozent stiegen, konnten sie trotz Lohnerhöhung weniger kaufen als zuvor. Die gleiche Erfahrung machten die Schweden und die Amerikaner, deren Lohnkaufkraft 1986 ebenfalls sank. Ganz anders in der Bundesrepublik Deutschland. Zwar nahmen die deutschen Industriearbeiter bei den Lohnerhöhungen nur einen Mittelplatz ein. Aber weil die Bundesrepublik schon im ersten Halbjahr 1986 Stabilitätsweltmeister war — die deutschen Preise stiegen im ersten Halbjahr 1986 praktisch nicht mehr —, konnten die deutschen Arbeitnehmer ihr Lohnplus nahezu ungeschmälert als Kaufkraftgewinn buchen. Mit einem Anstieg der realen Lohnkaufkraft um 4,3 Prozent hielten sie unter ihren westlichen Kollegen die Spitze.

Statistische Angaben: OECD, eigene Berechnungen

Für Stärkung der Familie

Die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen (AGF) und das Präsidium der Christlich Demokratischen Union sind am Montag, 17. November 1986, im Bundeskanzleramt in Bonn zu einem Gespräch zusammengekommen unter Leitung des Präsidenten des Deutschen Familienverbandes, Albrecht Hasinger, und des Bundeskanzlers Helmut Kohl.

Im Mittelpunkt des Gespräches standen aktuelle und zukünftige Fragen der Familienpolitik. Dabei würdigten die Teilnehmer einmütig die bisherigen Anstrengungen im Zusammenhang mit der Einführung des Erziehungsgeldes, des Erziehungsurlaubes und der Verbesserung des Kindergeldes. Der Vorstand der AGF und das CDU-Präsidium sprachen sich gemeinsam für eine weitere Verbesserung dieser Regelungen aus. Von Seiten des CDU-Präsidiums wurde darüber informiert, daß in der nächsten Legislaturperiode geplant ist, die Kinderfreibeträge und das Kindergeld für kinderreiche Familien zu erhöhen sowie das Erziehungsgeld zu verlängern. Die Vertreter der Familienverbände sprachen sich für eine Dynamisierung des Kindergeldes und eine regelmäßige Anpassung des Erziehungsgeldes aus. Die Teilnehmer stimmten darin überein, daß ein jährlicher Bericht über die wirtschaftliche Situation der Familie eine wichtige Grundlage für die weitere Verbesserung der Lage der Familie wäre. An der Erarbeitung eines solchen Berichtes sollten die Familienverbände beteiligt werden.

Von den Familienverbänden wurde auch auf die schwierigen Probleme der Alleinerziehenden hingewiesen. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich für Alleinerziehende beim Kinderfreibetrag und

beim Zuschlag für das Kindergeld. Das Präsidium der CDU sagte zu, sich in der kommenden Legislaturperiode der Situation der Alleinerziehenden besonders anzunehmen. Dabei seien die vom Verband der Alleinerziehenden vorgetragenen Probleme einzubeziehen.

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden familien-, steuer- und rentenrechtlichen Veränderungen lud Bundeskanzler Helmut Kohl die Vertreter der Familienverbände zu einem weiteren Gespräch im kommenden Jahr ein, um die Vorstellungen der Verbände rechtzeitig berücksichtigen zu können.

Bei der Diskussion um die Anerkennung von Erziehungsjahren informierte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die Anwesenden darüber, daß die entsprechende Zahl von 273 000 im Jahre 1986 auf 5,3 Mio. im Jahre 1990 steigen werde. Einmütig kamen die Gesprächsteilnehmer zu der Einschätzung, daß mit der Einführung der Anerkennung von Erziehungsjahren ein großer familien- und frauenpolitischer Fortschritt erzielt worden sei. Damit wurde einer langjährigen Forderung der Familienverbände entsprochen.

Übereinstimmend bekundeten die Teilnehmer des Gespräches, daß auch in Zukunft die Familienpolitik entscheidender Bestandteil der Gesellschaftspolitik sein müsse.

Zitat

„Wer den Wagen gegen den Baum gefahren hat, sollte sich nicht als Fahrlehrer anbieten.“

Norbert Blüm zum Regierungsanspruch der SPD

Deutschland auf Platz 1 im Export

Das ist bisher einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Die deutsche Wirtschaft übertrifft den Welthandelsriesen USA im Export.

„Made in Germany“ ist gefragt wie noch nie: Die Ausfuhren haben in den ersten 10 Monaten gegenüber 1985 um 34 Prozent zugenommen.

Einsatzbereitschaft und Leistung unserer Arbeitnehmer, Ideenreichtum und Zuverlässigkeit unserer Unternehmer haben unsere Wirtschaft in diese Spitzenposition gebracht.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft schafft auch neue, zukunftsträchtige Arbeitsplätze: Ende 1987 werden 800 000 mehr Menschen erwerbstätig sein als im Herbst 1983.

Erfolgreich ist die Bundesrepublik Deutschland jedoch nicht nur im Export, sie führt auch die Hitliste der stabilsten Währungen der Welt an. Die Deutsche Mark zählt wieder zu den härtesten und begehrtesten Währungen der Welt.

Deshalb: Auch nach dem 25. Januar 1987 mit der Regierung Helmut Kohl auf Erfolgskurs.

Achtung: Setzt Eure Zukunft nicht aufs Spiel. Alles was durch Fleiß und Leistung von Arbeitnehmern und Unternehmern bisher erreicht wurde, würde durch eine rot-grüne Mehrheit gefährdet. SPD und Grüne = höhere Steuern und Abgaben, neue Staatsschulden, neue Inflation, steigende Arbeitslosigkeit.

Weiter so, Deutschland

CDU



*Die
Zukunft*

Wissenschaft und Technik im Dienst des Menschen

Generalsekretär Heiner Geißler und der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Bernhard Worms, stellten am 5. Dezember 1986 den Bericht „Wissenschaft und Technik im Dienst des Menschen“ vor, der von der Kommission „Wissenschaft, Technik und Ethik“ des CDU-Präsidiums erarbeitet wurde.

Für die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist die Nutzung des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts von herausragender Bedeutung. Als exportorientiertes Industrieland hat die Bundesrepublik Deutschland nur dann eine Chance, den bestehenden Wohlstand zu erhalten und die Lebensverhältnisse zu verbessern, wenn sie auch in Zukunft Spitzenprodukte herstellt.

Die Kommission hat in ihrem Bericht „Wissenschaft und Technik im Dienst des Menschen“ ethische Maßstäbe dafür entwickelt, wie Wissenschaft und Technik weiterhin zum Wohl der Menschen genutzt werden können. Sie gibt damit eine Antwort auf die neuen Herausforderungen im verantwortungsbewußten Umgang mit Wissenschaft und Technik.

Zu beziehen ist dieser Bericht in Einzel-exemplaren bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.

Industriefeindlichkeit rot-grüner Politik erwiesen

Etwa 100 Unternehmer und Angehörige freier Berufe haben nach sieben Jahren rot-grüner Rathauspolitik in Bielefeld nachgewiesen, daß die Arbeitslosenzahlen dieser Zeit von 2,7 Prozent auf über 11 Prozent gestiegen sind. Von 1981 bis 1985 nahm die Verschuldung der Stadt um fast 33 Prozent zu und erreichte eine

Bundesbürger auch für 1987 optimistisch

Die wirtschaftlichen Hoffnungen der Bundesbürger waren einer Wickert-Umfrage zufolge noch nie so hoch wie jetzt: 33,4 Prozent rechnen mit einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, 63,6 Prozent mit einem Stabilbleiben, nur drei Prozent fürchten eine Verschlechterung. Vor einem Jahr hatten nur 24,5 Prozent eine Verbesserung erwartet.

der höchsten Steigerungsraten im Bundesgebiet und die höchste in Nordrhein-Westfalen. Trotz eines von 209 Prozent auf 420 Prozent gestiegenen Gewerbesteuerhebesatzes konnten die Defizite der Stadt nur noch durch Auflösung bestehender Rücklagen ausgeglichen werden. Mittel für künftige Investitionen stehen damit nicht mehr zur Verfügung.

An diesem Beispiel praktizierter rot-grüner Politik wird deutlich, daß wirtschafts politische Unberechenbarkeit, Industrie-feindlichkeit, das Verstärken administrativer Hemmnisse und kreditfinanzierter Bürokratiedenkmalen das „Aus“ für unsere marktwirtschaftliche Ordnung bedeuten würde.

Keine Wahlempfehlungen

Die evangelische Kirche wird für die kommende Bundestagswahl keine Wahlempfehlungen für eine Partei aussprechen, erklärte der Präses der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), Jürgen Schmude. Die evangelische Kirche werde wohl zu drängenden Problemen Stellung nehmen, jedoch keine „Handreichungen zur Wahl“ geben. Auch „Prüfsteine“, wie sie der DGB vorgelegt hat, oder einen Forderungskatalog werde es nicht geben, erklärte Schmude.

Zahl der Beschäftigten hat sich auf 26,16 Millionen erhöht

Auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt hat auch im November die leichte konjunkturelle Besserung angehalten. Das stellte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, unter Hinweis auf die weiterhin günstige Entwicklung der saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen am 3. Dezember 1986 vor der Presse in Nürnberg fest.

Nach seinen Angaben ist die durchschnittliche Arbeitslosenzahl in den ersten 11 Monaten 1986 gegenüber der vergleichbaren Vorjahreszeit um mehr als 70 000 auf 2 235 738 zurückgegangen, während sich gleichzeitig die Zahl der Kurzarbeiter um rd. 40 000 auf 192 887 vermindert hat. Erneut zugenommen hat die Zahl der Beschäftigten. Sie lag nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Oktober 1986 bei 26,16 Millionen, das waren gut 280 000 mehr als vor einem Jahr.

Hierzu erklärte **Staatssekretär Friedhelm Ost**: Die Besserung auf dem Arbeitsmarkt setzt sich nach den neuen Daten der Bundesanstalt für Arbeit weiter fort. Erfreulich ist vor allem der stabile Beschäftigungsaufschwung. Seit dem letzten Beschäftigungstief im Oktober 1983 sind damit in der Bundesrepublik mehr als 600 000 neue Arbeitsplätze entstanden. Ihren Niederschlag findet diese günstige Entwicklung auch in der Kräftenachfrage bei den Arbeitsämtern, die — an der Zahl der noch unbesetzten offenen Stellen gemessen — im November um 32 Prozent höher lag als vor einem Jahr.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr hat sich mit einer Abnahme um 143 100 weiter verstärkt. Die Zahl der Arbeitslosen liegt derzeit auf

dem niedrigsten vergleichbaren Stand seit 1982. Während sie damals binnen Jahresfrist jedoch um fast 37 Prozent gestiegen war, ist sie jetzt um rund 7 Prozent zurückgegangen.

Die Bundesregierung begrüßt diese vom Wirtschaftsaufschwung getragene Besserung am Arbeitsmarkt, die sich nach allen vorliegenden Daten und Prognosen auch im kommenden Jahr fortsetzen wird. Sie sieht darin eine Bestätigung ihrer auf solides Wachstum, Preisstabilität und Kaufkraftsteigerung gerichteten Politik, mit der vorhandene Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.

Wirtschaft und Verwaltung sind aufgefördert, den Konjunkturaufschwung sowohl zu Neueinstellungen als auch zur besseren Qualifizierung von Erwerbstätigen und Arbeitslosen zu nutzen. Vor allem dort, wo Facharbeiter fehlen, sollte im Rahmen der auf breiter Front laufenden Qualifizierungsoffensive durch verstärkte betriebliche Fortbildung und Einarbeitung auch weniger gut qualifizierten Arbeitssuchenden eine Chance geboten werden. Die Möglichkeiten dazu sind durch die 7. AFG-Novelle, die seit 1. Januar 1986 in Kraft ist, geschaffen worden. Jetzt gilt es, diese Möglichkeiten intensiv zu nutzen.

400 000 mehr Wohngeldempfänger

Rund 1,89 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik erhielten im Juni dieses Jahres Wohngeld. Das waren nach Bundesminister Oscar Schneider 400 000 mehr als vor Inkrafttreten der Wohngeldnovelle zu Anfang dieses Jahres.

Wir greifen durch beim Schutz unserer Gewässer

Die Bundesregierung hat sofort gehandelt und Maßnahmen gegen Unfälle in der Chemieindustrie beschlossen:

- ➔ Die Störfallverordnung wird verschärft.
- ➔ Strengere Vorschriften für die chemische Industrie werden erlassen.
- ➔ Die Industrie wird strenger überwacht.
- ➔ Die Alarmsysteme werden verbessert.
- ➔ Umweltstraftaten werden konsequent verfolgt.
- ➔ Die internationale Vorsorge gegen Chemieunfälle wird verbessert.

SPD und Grüne betreiben ein unverantwortliches Spiel mit den Ängsten der Bürger. In Wirklichkeit geht es ihnen nicht um den Umweltschutz. Das zeigt auch die Energiediskussion: SPD

und Grüne fordern den Ausstieg aus der Kernenergie und wollen vermehrt Kohlekraftwerke einsetzen. Das bedeutet wieder mehr Luftverschmutzung.

Während die SPD 13 Jahre lang den Umweltschutz links liegen gelassen hat, hat die Regierung Helmut Kohl sofort gehandelt:

- Die Großfeuerungsanlagenverordnung wurde durchgesetzt,
- die TA Luft wurde verschärft,
- das schadstoffarme Auto und bleifreies Benzin wurden europaweit eingeführt,
- eine umfassende Bodenschutzkonzeption wurde erarbeitet und
- neue Umweltschutztechniken werden gefördert.

Unser Grundsatz auch in der Umweltpolitik lautet: Vorrang für Sicherheit und Gesundheit der Menschen und den Schutz der Umwelt!

Deshalb: Weiter so CDU!

CDU



Die Zukunft

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

KLEINANZEIGEN-TEXTE

Als besonders wirkungsvolles Wahlkampfinstrument haben sich Kleinanzeigen in Tageszeitungen und Anzeigenblättern bewährt. Sie werden von vielen Lesern aufmerksam zur Kenntnis genommen. Dabei kostet eine solche Anzeige nicht einmal viel Geld. Jeder kann eine Kleinanzeige schalten und so mit einer ganz persönlichen Aussage für die erfolgreiche Politik der CDU werben.

Auch die SPD hat erkannt, wie wirkungsvoll Kleinanzeigen sind. Bereits jetzt setzt sie dieses Werbemittel voll ein. Deshalb: Zögern Sie nicht, wählen auch Sie einen unserer Textvorschläge und inserieren Sie.

Ich gebe beide Stimmen der CDU,

- denn Sozialisten können weder mit Geld noch mit Menschen umgehen.
- denn: Wie will die SPD eigentlich bezahlen, was sie alles verspricht?
- denn stabile Preise sind die beste Sozialpolitik.
- denn jeder weiß: Krisenmacher und Neinsager würden unsere Zukunft aufs Spiel setzen.
- denn die Bundesrepublik Deutschland muß erstklassig bleiben.
- denn die Erfolge der Regierung Helmut Kohl haben mich überzeugt.

Als Arbeitnehmer merke ich es im Geldbeutel: 4,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Politik der CDU zahlt sich für alle aus. Deshalb gebe ich meine Stimme der CDU.

Höchster Zuwachs der Arbeitnehmerinkommen seit 12 Jahren. Die Politik der CDU zahlt sich für alle aus. Deshalb wähle ich die CDU.

Ein Warenhauskatalog leerer Versprechungen, das ist das Markenzeichen der SPD. Die Folgen: höhere Steuern und Abgaben, neue Staatsschulden und Inflation. Ich wähle die CDU, denn Sozialisten können nicht mit Geld umgehen.

2 Millionen Lehrstellen in den letzten 3 Jahren. No Future ist out. Deshalb wähle ich die CDU.

UID

39/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: WA-Druck, Düsseldorf.